

Beginn: 11:05 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 93. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein GruÙ gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis zur heutigen Tagesordnung. Das Plenum hat gestern beschlossen, den ursprünglich für Donnerstag, also gestern, vorgesehenen Tagesordnungspunkt 6 - "Keine Zwangsmaßnahmen auf dem Ausbildungsmarkt", ein Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/3945 - heute als Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Das nur noch einmal mitgeteilt zum Verständnis des Ablaufs aus den gestern vorliegenden Gründen.

Ich rufe auf:

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung – BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2003)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4000

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung zu diesem Gesamtkomplex. Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich vonseiten der Landesregierung Herrn Finanzminister Dieckmann das Wort. Bitte schön.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist unlängst in den Medien sehr sorgfältig registriert worden, was ich über die finanzielle Lage auch unseres Landes gesagt habe. Diese Lage ist sehr, sehr ernst. Der Nachtragshaushalt, den ich Ihnen heute vorlege, ist Ausdruck dieser Lage. Wir erleben in Deutschland und gerade auch in Nordrhein-Westfalen, welche dramatischen Folgen die wirtschaftliche Entwicklung und das äußerst schwache Wachstum für die öffentlichen Haushalte haben. Wir haben gestern in der Finanzministerkonferenz einmütig festgestellt, dass dies ein Phänomen ist, unter dem alle öffentlichen Haushalte - die aller Länder, der des Bundes und die aller Kommunen - leiden.

Seit dem Jahr 2001 sind uns nahezu 10 % der Steuereinnahmen weggebrochen, teils gewollt durch die Steuerreform, teils ungewollt durch die Steuerreform, aber zu einem großen Teil als Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage. Bei den Ausgaben haben wir uns in den letzten Jahren praktisch nur Nullrunden zugestanden. Aber die Geschwindigkeit, mit der die Steuereinnahmen abgenommen haben, kann kein Landeshaushalt mitgehen.

Nun wird immer wieder leichter Hand behauptet, dass manche Kürzungs- und Sparmöglichkeiten eigentlich nur auf ihre Entdeckung warten. Es sei viel Luft im Haushalt, und es brauche nur den Willen, um nahezu jeden Steuerausfall zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Personalkosten, die Zinsausgaben, die Zuweisungen an die Kommunen und die gesetzlichen Verpflichtungen vom Wohngeld bis zum BAföG machen weit über 90 % der Ausgaben im Landeshaushalt aus. Die entsprechenden Steigerungen sind vorgegeben und unterliegen nur bedingt dem Einfluss der jeweiligen Landesregierung. Die Gehälter für Lehrer, Polizisten, Richter und Finanzbeamte steigen nur langsam, aber pensionierte Beamte werden gerade in diesen Bereichen zu Recht durch Nachwuchskräfte ersetzt mit der Folge, dass sich in jedem einzelnen Fall die Zahl der zu Versorgenden um einen erhöht, da auch der Pensionär aus dem Landeshaushalt bezahlt wird.

Schon dadurch steigen die Personalausgaben an, ohne dass ein Finanzminister darauf nennenswerten Einfluss nehmen kann. Damit will ich keineswegs sagen, es gibt keine Sparmöglichkeiten; aber wir müssen an die Strukturen des Haushalts heran. Und auch dann ist es so, dass sich viele Einsparungen erst nach einiger Zeit ergeben. Kurzfristig lassen sich Summen der Größenord-

nung, wie wir sie durch die Steuerschätzung von Mitte Mai zu verkraften haben, nicht erwirtschaften.

Das gilt auch, Herr Dr. Rüttgers, für Ihre Berechnungen zum Subventionsabbau. Wenn ich es richtig sehe, würden diese in diesem und im kommenden Jahr praktisch keine Entlastung bringen. Sie haben dieses Problem etwas elegant überspielt, indem Sie die Gesamtsumme aller möglichen Kürzungen bis zum Jahre 2010 zu gleichen Teilen auf alle Jahre ab 2004 verteilen. Das ist in der Öffentlichkeit ziemlich wirksam, reicht aber nicht für den Ausgleich eines Haushaltes.

Wenn Sie vorschlagen, die Kohlesubventionen nach 2005 - nach dem Auslauf des Kohlekompromisses - weiter zu kürzen und schließlich halbieren zu wollen, dann wollen Sie die Subventionen um 270 Millionen € jährlich kürzen. In Wirklichkeit ist es so, dass die Kohlesubventionen bereits jetzt Jahr für Jahr um 310 Millionen € gekürzt werden.

(Manfred Palmen [CDU]: Bundesweit!)

Zurück zum Nachtragshaushalt: Warum brauchen wir ihn? Die Steuerschätzung von Mitte Mai hat uns Mindereinnahmen von 1,4 Milliarden € für das laufende Jahr vorhergesagt. Außerdem hat sich aus der Abrechnung des Länderfinanzausgleiches ergeben, dass wir zusätzlich 500 Millionen € in den Länderfinanzausgleich zu zahlen haben. Letzteres klingt zunächst einmal nach einer schlechten Nachricht, ist aber im Kern auch eine gute. Wenn wir so stark sind, dass wir 500 Millionen € zusätzlich in den Länderfinanzausgleich zu zahlen haben, dann bewegt sich unsere Notlage immer noch auf einem gewissen höheren Niveau.

Die Lage ist unbestritten sehr ernst. Aber wenn wir die anderen Länder im Kreis der Zahlerländer noch mit 500 Millionen € zusätzlich unterstützen, sollte das auch Mut machen. Es zeigt, dass es Nordrhein-Westfalen in vielerlei Hinsicht noch besser geht als manchem anderen Bundesland.

Meine Damen und Herren: Was tun wir? Der Wirtschaftsweise Prof. Peffekoven ist sich u. a. mit dem Chef der Bundesbank, Herrn Welteke, aber auch dem Altbundeskanzler Helmut Schmidt einig, wie der Staat einer Situation begegnen sollte, in der wir gegenwärtig sind. Sie schlagen einmütig vor, die Neuverschuldung zu erhöhen, um die konjunkturell bedingten Steuerausfälle auszugleichen. Die Alternative wäre, sämtliche Investitionen zu stoppen und kein Personal mehr einzustellen. Damit würden wir die Krise verstärken, ohne kurzfristig eine Besserung zu erreichen. In der jet-

zigen Situation darf der Staat als Auftraggeber, als Arbeitgeber und Konsument von Waren nicht ausfallen; er würde sonst den Abschwung verstärken.

Ich habe bereits erklärt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Das ist nachvollziehbar, und der Nachtragshaushalt ist die angemessene und sachgerechte Reaktion darauf. Ich schlage Ihnen vor, die Neuverschuldung um 1,887 Milliarden € zu erhöhen. Sie steigt in damit diesem Jahr auf 5,6 Milliarden € an. Damit wir uns nicht missverstehen: Dies ist entschieden zu viel und deutlich mehr als wir investieren; aber es ist der einzige vernünftig gangbare Weg.

Der Nachtragshaushalt hat zwei Grundlinien: Erstens werden mit dem Nachtrag ausschließlich die Steuerausfälle und die Ausfälle durch die Mehrzahlungen in den Länderfinanzausgleich durch höhere Schulden ausgeglichen. Alle Mehrausgaben im Übrigen - dazu komme ich noch - werden durch eine globale Minderausgabe durch alle Ministerien erbracht. Eine Haushaltssperre wäre als Reaktion zu undifferenziert gewesen und hätte - darauf habe ich mehrfach hingewiesen - auch gute Investitionen gestoppt. Eine globale Minderausgabe dagegen wirkt zwar wie eine Sperre, sie hat aber den entscheidenden Vorteil, dass sie punktgenau das Einsparvolumen erbringt, welches nötig ist.

An sechs Stellen des Landeshaushaltes werden Mehrausgaben im Gesamtbetrag von 126,2 Millionen € erforderlich. Dieser Betrag soll ausschließlich durch Einsparungen an anderer Stelle erbracht werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort des Dankes an Sie alle sagen, dass Sie sich einverstanden erklärt haben, den Nachtragshaushalt bereits heute, also nur drei Tage nach der Verabschiedung im Kabinett, in erster Lesung zu beraten. Ich bin überzeugt, dass der Nachtragshaushalt die richtige Antwort auf die jetzige ernste Lage ist. Deshalb werbe ich für eine möglichst breite Unterstützung dieses Nachtragshaushaltes.

Lassen Sie mich noch kurz einen Ausblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt vornehmen. Eines sollte uns dabei klar sein: Der Weg, dass die Einnahmen den Ausgaben folgen, ist die Ausnahme des Jahres 2003. Im kommenden Jahr muss es wieder umgekehrt sein. Die Ausgaben werden durch die Einnahmen bestimmt, die zur Verfügung stehen. Dazu ist es erforderlich, die Haushaltsstrukturen jetzt zu verändern. Das bedeutet z. B., dass wir mehr noch als bisher Schwerpunkte setzen müs-

sen. Das heißt aber auch, dass wir uns verständigen müssen, welche Aufgaben und Ausgaben nachrangig sind.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Wir werden darüber hinaus neue Wege gehen müssen. Das angelsächsische Schlagwort vom "Zero-Base-Budgeting" hat schon die Runde gemacht. Was ist damit gemeint? Ganz einfach: Alle Programme werden gedanklich faktisch auf null gesetzt, und sie bekommen zunächst nur so viel Geld, um die gesetzlichen Verpflichtungen oder andere rechtliche Verpflichtungen zu erfüllen. Für jeden Euro mehr braucht es eine Begründung.

Meine Damen und Herren, wenn alle Bereiche auf den Prüfstand eines solchen Haushalts-TÜVs kommen, dann ist auch der Personalbereich eingeschlossen. Sie wissen, dass über 40 % des Haushaltes durch Löhne, Gehälter und Pensionen gebunden sind. Das meine ich nicht als Drohung, sondern das ist eine Feststellung.

Was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht brauchen, meine Damen und Herren, ist eine Debatte über einzelne Vorschläge. Was wir brauchen, ist eine Auseinandersetzung um die Struktur des Haushaltes im Ganzen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlangen zu Recht ein Gesamtkonzept. Sie verlangen, dass wir eine Vorstellung entwickeln, wo es hingehet. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, dass anders als gestern jetzt keine Debatte über Einzelvorschläge eingeleitet wird. In den nächsten Wochen werden wir die Aufgaben und Schwerpunkte festlegen und Vorschläge zu deren Finanzierung machen. Dies ist eine wichtige Arbeit für den Finanzminister, aber nicht für ihn alleine. Das ist die Aufgabe aller.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Jawohl!)

Das ist die Aufgabe aller Fachpolitiken in diesem Hause, in allen Parteien und darüber hinaus. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen alle - wir, die wir hier sitzen, aber auch außerhalb dieses Hauses - dafür Verantwortung übernehmen. Deshalb rufe ich erneut die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an einer solchen Konsolidierungsdebatte aktiv zu beteiligen und mit zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin dabei ganz hoffnungsvoll, weil ich zunehmend Post von Menschen bekomme, die mir ihre Vorschläge mitteilen. Ich finde das gut und möchte alle ausdrücklich ermutigen, an dieser spannenden Diskussion teilzunehmen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Darum werden alle unsere Anträge abgelehnt!)

Ich bin sicher, dass wir bis zur Sommerpause zu einem guten Vorschlag kommen werden. Wer sich bis dahin bereits konstruktiv an diesem schwierigen Prozess beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Dieckmann. - Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Behrens zur Einbringung des GFG.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum GFG und dessen Veränderungen möchte ich hier etwas sagen.

Der Finanzminister hat eben das tiefe Tal der Tränen dargestellt, in dem sich die öffentlichen Finanzen des Landes, natürlich auch des Bundes befinden. Das Gleiche gilt mindestens ebenso für die Kommunen und die kommunalen Haushalte. Die jüngste Steuerschätzung macht den Weg aus diesem Tal noch schwieriger und noch beschwerlicher.

Bei den Steuereinnahmen setzt sich der Einbruch der Jahre 2001 und 2002 fort. Allein die nordrhein-westfälischen Kommunen müssen mit einem zusätzlichen Minus von rund 200 Millionen € rechnen - und das in einem Jahr, in dem die kommunalen Haushalte schon mehr als gebeutelt sind.

Insgesamt summiert sich der Einnahmeverlust der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zum Ende dieses Jahres im Vergleich zum Jahr 2000 auf über 3 Milliarden €. Die Fehlbeträge liegen schon jetzt bei rund 3,5 Milliarden €. Fast 170 unserer Kommunen müssen mit einem Haushaltssicherungskonzept leben. Die Kommunen sind im Übrigen seit 2001 vom Steuereinbruch noch stärker betroffen als Bund und Länder. Daraus folgt für mich zweierlei:

Erstens. Es ist richtig, die neue Steuermindereinnahmen des Landes nicht schon in diesem Jahr über den Steuerverbund an die Kommunen weiterzugeben. Denn hier klafft schon jetzt vor allem wegen der Abrechnung aus dem Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr eine Lücke von über einer Milliarde €.

Zweitens. Für eine durchgreifende Gemeindefinanzreform ist es nicht mehr fünf vor zwölf, sondern Schlag zwölf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Kommunen brauchen eine verlässliche und stabile Gewerbesteuer, und sie brauchen Entlastung auf der Ausgabenseite. Diese Erkenntnis muss so schnell wie möglich in konkrete Gesetzentwürfe umgesetzt werden. Daran werden wir mitwirken.

Lassen Sie mich kurz auf die Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 und das Solidarbeitragsgesetz 2003 eingehen. Als Folge der durch den jetzt eingebrachten Nachtragshaushalt 2003 vorzunehmenden Veränderungen sinken die Ansätze bei den für den Steuerverbund relevanten Steuern um insgesamt 1,1 Milliarden €. Damit reduziert sich die originäre Steuerverbundmasse 2003 um rund 254 Millionen €.

Gleichzeitig erhöht sich aufgrund der Anhebung der Länderfinanzausgleichszahlungen der Vorwegabzug aus dem Steuerverbund 2003 für den kommunalen Beitrag an den einheitsbedingten Gesamtlasten um 230 Millionen €. Der für Zuweisungen an die Kommunen aus dem Steuerverbund zur Verfügung stehende Verbundbetrag würde sich demnach bei einer direkten Umsetzung im Gemeindefinanzierungsgesetz um 481 Millionen € reduzieren.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Bei einem Anteil von rund 86 % hätten die Schlüsselzuweisungen im laufenden Haushaltsjahr um mehr als 410 Millionen € gekürzt werden müssen. Meine Damen und Herren, wir wollen unseren Kommunen eine solche zusätzliche Belastung in diesem Jahr nicht mehr zumuten.

(Manfred Palmen [CDU]: Aber im nächsten Jahr!)

Die Ausgangslage ist für unsere Städte, Gemeinden und Kreise schon jetzt dramatisch. Außerdem könnten die Kommunen auf eine solche Belastung in diesem Jahr jedenfalls kaum noch reagieren.

(Manfred Palmen [CDU]: Aber nächstes Jahr!)

Die auf den Steuerverbund entfallenden Mindererträge des Landes sollen deshalb für ein Jahr - da haben Sie mit Ihrem Zwischenruf Recht, Herr Palmen - kreditiert werden. Das heißt, die Steuerverbundmittel bleiben 2003 auf dem bisherigen Niveau, sind also nach den letzten Zahlen um rund 484 Millionen € zu hoch angesetzt. Das wird dann mit dem Steuerverbund 2004 zu verrechnen sein.

Der Gesamtsolidarbeitrag des Landes im Jahre 2003 erhöht sich aufgrund der höher zu veranschlagenden Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich um 500 Millionen € auf nunmehr 2,039 Milliarden €, und entsprechend steigt auch der kommunale Anteil um 220 Millionen € auf nunmehr 897 Millionen €. Das führt zu einem neuen vorläufigen, zwischen den Gemeinden auszugleichenden Solidarbeitrag in Höhe von fast 755 Millionen €.

Außerhalb des Steuerverbundes, aber innerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 reduzieren sich die vorläufigen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs um 15 Millionen € auf jetzt 465 Millionen €.

Während sich hinsichtlich der Zuweisungen aus dem Steuerverbund an die Gemeinden gegenüber dem geltenden Zustand keine Veränderungen ergeben, werden aufgrund des Nachtrags 2003 Neufestsetzungen der Umlagegrundlagen für die Kreise, Landschaftsverbände und den KVR erforderlich. Auch die Schlüsselzuweisungen der Kreise und Landschaftsverbände müssen aufgrund veränderter Umlagegrundlagen neu berechnet und neu festgesetzt werden.

Gleiches gilt für die Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und die Festsetzung der Ausgleichsbeiträge nach dem Solidarbeitragsgesetz. Verrechnungen sollen mit der Dezemberzahlung vorgenommen werden.

Alles in allem, meine Damen und Herren, sind das wahrlich keine frohen Botschaften für unsere Kommunalpolitik und für die Gemeinden. Die Landesregierung will aber mit der Kreditierung der Steuerverbundverluste beweisen, dass sie bereit ist, auf die in diesem Jahr für die Kommunen bestehende Ausnahmesituation Rücksicht zu nehmen. Wir wissen natürlich, dass sich das auf das nächste Jahr verschiebt. Aber im nächsten Jahr, meine Damen und Herren, steht dann auch die Abrechnung 2002 an, und diese sieht zurzeit positiv aus,

(Manfred Palmen [CDU]: 35 Millionen € fehlen!)

sodass sich insgesamt auch aus Sicht der Kommunen die Dinge im Lot halten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Nun hat Herr Kollege Diegel für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt ist eingebracht, und es gab zwei bezeichnende Dinge, die der Herr Finanzminister hier angesprochen hat.

Zunächst hat er sich einleitend mit den CDU-Anträgen beschäftigt, die ihm bekannt sind. Das hat mich erst einmal ermutigt, und wir finden es gut, dass Sie sich mit den CDU-Anträgen beschäftigt haben.

Leider blieb dann alles auf halber Strecke stehen, weil dann die übliche Leier kam, die wir auch bei Ihnen kennen. Sie waren nämlich wieder Bedenkenträger und haben gesagt, warum etwas nicht geht. Herr Finanzminister, das wollen die Leute nicht hören. Die Leute wollen konstruktive Vorschläge hören, wie sie die CDU gemacht hat. Die erwarten wir auch von Ihnen hier in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Bezeichnend war, dass die dramatischen Kennzahlen, die dieser Nachtragshaushalt ausweist, von Ihnen mit keiner Silbe genannt worden sind. Mit denen müssen wir uns aber beschäftigen, und zwar auch in den weiteren Fachausschussverfahren.

Ich möchte ein paar nennen.

(Brigitte Speth [SPD]: Ein Beispiel!)

Die Nettoneuverschuldung steigt gegenüber dem bisherigen Haushalt 2003 um fast 1,9 Milliarden € auf 5,7 Milliarden € an. Sie haben allerdings vergessen, vorzutragen, Herr Finanzminister, dass dies ein historischer Negativrekord ist. Es hat noch nie in diesem Land zuvor eine Landesregierung, ein Parlament so viele neue Schulden im Haushaltsplan präsentiert.

(Beifall bei der CDU)

Gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 beträgt die Steigerung sogar mehr als 2,3 Milliarden €. Das ist eine Steigerung, Herr Finanzminister, um sage und schreibe 69 %.

Täglich nimmt das Land 15 Millionen € an neuen Schulden auf, um am selben Tag 13 Millionen € für Zinszahlungen auszugeben.

Weiter: Sie haben nicht gesagt, dass der Anteil der Neuverschuldung am Haushalt 2003 von 8 auf 12 % steigt. Sie haben auch nicht gesagt, dass die Zinsbelastung pro Haushaltsjahr auf mehr als 10 % steigt. Und Sie haben hier verschwiegen, dass die Investitionsquote dramatisch auf 7,7 % gefallen ist.

Schon jetzt, Herr Finanzminister - das haben Sie auch nicht gesagt -, steht fest, dass die Landesschulden im Jahr 2004 die traurige Marke von 100 Milliarden € überschreiten werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem entspricht die Situation in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und leider auch auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Es gibt nämlich kein Wirtschaftswachstum mehr in Nordrhein-Westfalen. Stagnation oder sogar Rezession drohen jetzt und zukünftig. Der Landesregierung sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen völlig entglitten. Das Eingeständnis dazu ist die Verkündung der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch die Landesregierung.

Mit 900.000 Arbeitslosen hat auch der Mai einen neuen Negativrekord für Nordrhein-Westfalen gebracht. 50.000 junge Menschen in unserem Lande haben weiterhin keine Lehrstelle.

Meine Damen und Herren, Fakt ist: Diese Daten, dieser Nachtrag sind das Dokument des politischen Versagens der Landesregierung - ein beispielloses Dokument.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger dieses Landes stellen sich zu Recht die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Wer trägt dafür die Verantwortung? - Schuld daran sind natürlich die SPD-Regierungen, die seit fast 40 Jahren die Geschicke dieses Landes bestimmen, und maßgeblich der Ministerpräsident dieses Landes.

Herr Steinbrück, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, trägt dabei eine ganz besondere Verantwortung. Denn Herr Steinbrück ist hier in Nordrhein-Westfalen seit mehr als einem Jahrzehnt nahezu lückenlos in führenden Regierungsfunktionen tätig: erst in der Staatskanzlei, dann als Wirtschaftsminister, dann als Finanzminister und jetzt als Ministerpräsident.

Wir stellen fest: Herr Steinbrück, Sie haben zunächst die Wirtschaft und dann die Finanzen dieses Landes zerrüttet. Jetzt reden Sie auch noch Rot-Grün kaputt. Letzteres kann uns egal, ja sogar recht sein, aber in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist uns das eben nicht egal. Da wollen wir Taten sehen, auch von Ihnen, und nicht nur Sprüche hören.

(Beifall bei der CDU)

Lange haben Sie versucht, die schlimme Lage schönzureden oder sogar schönzurechnen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Nie!)

Sie, Herr Steinbrück, haben alle Mahnungen der Opposition als Tartarenmeldungen abqualifiziert. Herr Steinbrück, was haben Sie denn hier betrieben? Das ist doch nichts anderes als eine Tatarenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie haben Worten keine Taten folgen lassen. Im Gegenteil: Sie haben noch nicht einmal den im "Stadtfor" groß angekündigten Pensionsfonds für Nordrhein-Westfalen eingerichtet.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Erinnern wir uns an Ihre Einbringungsrede zum Landeshaushalt 2002. Die haben Sie mit einem klangvollen Titel überschrieben: „Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder“. Damals erklärten Sie dem Parlament - jetzt zitiere ich Sie einmal, damit nicht wieder eine Mär entsteht, ich würde etwas erzählen, was es nicht gäbe -:

„Wir müssen der Versteinbrückung des Haushalts ---“

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN sowie beim Redner - Ministerpräsident Peer Steinbrück: Schon richtig, Herr Diegel!)

„Wir müssen der Versteinigung des Haushalts auch durch den Zinsblock entgegenwirken. Wir werden sonst die Investitionsquote nicht steigern können, die von 9,5 % auf 9,3 % sinkt ...“

Das ist das offen eingestandene Manko dieses Haushaltsentwurfs - so Ihre Ausführungen damals.

Herr Steinbrück, was ist denn damals passiert? Nach einem Jahr ist die Investitionsquote auf unter 8 % abgestürzt. Die Zinslast ist dramatisch angestiegen. 2002 haben Sie über 850 Millionen € mehr Schulden gemacht als veranschlagt, und jetzt im Nachtrag gibt es gar 1,9 Milliarden € neue Schulden gegenüber dem beschlossenen Haushalt.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Es ist ja auch einiges passiert! - Zuruf von Minister Dr. Michael Vesper)

- Lieber Herr Vesper, warten Sie doch ein bisschen ab. Hören Sie sich das erst einmal an, damit Sie wissen, was Sie überhaupt hier angerichtet haben. Das sind die Fakten, die nämlich die Bürger alle ausbaden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Damit komme ich zu einem weiteren Phänomen dieses Nachtragshaushalts. Es droht ja nahezu unterzugehen, dass bei der Ankündigung dieses Nachtrags zunächst nur von 1,4 Milliarden € zusätzlicher Nettoneuverschuldung die Rede war.

Innerhalb von zehn Tagen, so die Landesregierung, wurden es noch einmal 500 Millionen € mehr. Die Landesregierung sei völlig überrascht von den Auswirkungen des Länderfinanzausgleichs und des Zerlegungsverfahrens bei der Körperschaftsteuer. Herr Ministerpräsident, wem wollen Sie das eigentlich ernsthaft weismachen? Noch im letzten Jahr haben Sie uns in diesem Parlament ausführlichst etwas zu den Mechanismen des Länderfinanzausgleichs und zu den Zerlegungseffekten bei der Körperschaftsteuer erklärt. Sie wussten schon damals, dass Einsparungen beim Länderfinanzausgleich Ihre Steuermindereinnahmen 2002 nicht ausgleichen würden. Und Sie wussten auch schon vor Monaten, dass von den großen Zusatzeinnahmen bei der Körperschaftsteuer im Herbst 2002 immense Summen über die Zerlegung und den Finanzausgleich im ersten Halbjahr 2002 wieder verloren gehen würden. Trotzdem schicken Sie Ihren Finanzminister hier her und lassen ihn zunächst 1,4 Milliarden verkünden und dann - ein oder zwei Wochen später -, es seien plötzlich mehr geworden.

Was will die Landesregierung damit eigentlich erreichen? Wir unterstellen Ihnen, dass die Landesregierung der Öffentlichkeit und auch uns hier weismachen will, dass sie diese angeblich völlig überraschenden Summen nicht gekannt hat. Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, das ist nach dieser Vorgeschichte, die wir bei den letzten Haushaltsberatungen hatten, doch völlig unglaubwürdig.

Und, Herr Dieckmann, das ist noch unglaubwürdiger, wenn man weiß, wie die Gespräche bei der Finanzministerkonferenz ablaufen. Schon vor vier Wochen wussten die anderen Finanzminister etwas von den Zerlegungseffekten bei der Körperschaftsteuer. Waren Sie nicht dabei? Haben Sie gefehlt? Sie hätten das dem Parlament hier vorzutragen müssen!

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Ich unterstelle Ihnen: Dies ist ein bewusstes, gigantisches Täuschungsmanöver dieser Landesregierung. Sie wollen hier nur von der eigenen Verantwortung ablenken.

(Beifall bei der CDU)

Und ich stelle eine Frage hinten dran: Ist das denn jetzt alles, was uns erwartet?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Nein!)

Sind Sie sich eigentlich sicher, Frau Höhn, dass da nicht noch mehr kommt und Sie noch mehr Schwierigkeiten kriegen?

Das Parlament braucht endlich eine klare Offenlegung der Finanzen, eine klare Aufstellung der Einnahmelöcher. Auch die sind Sie diesem Parlament bisher schuldig geblieben.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen wir Folgendes fest: Der heute eingebrachte Nachtragshaushalt ist doch nichts anderes als eine Kapitulationserklärung angesichts der finanziellen Schwierigkeiten des Landes. Er müsste eigentlich den Titel tragen: „Hemmungsloses Schuldenmachen zulasten unserer Kinder“, Herr Steinbrück.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Wir stellen fest - und das ist das Groteske -: Diese Landesregierung macht nicht einmal den Versuch, im Haushalt 2003 weitere Einsparungen vorzunehmen, um Schulden und Zinslasten nicht weiter dramatisch ansteigen zu lassen. Wir werfen Ihnen, Herr Steinbrück, auch persönlich vor, seit Jahren die notwendigen strukturellen Veränderungen zu unterlaufen. Das Motto lautet doch: Lieber verfassungswidrige Haushalte aufstellen als Strukturen in Nordrhein-Westfalen verändern. - Sie wollen stattdessen dem Land sogar noch neue Lasten aufbürden: den Metrorapid - mit Hunderten von Millionen Landesmitteln subventioniert. Wo soll das Geld eigentlich herkommen? Erklären Sie das doch diesem Land und diesem Parlament!

Sie, Herr Steinbrück, bringen dieses Land in eine finanzielle Lage, aus der es sich kaum noch befreien kann. Sie nehmen damit den Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Herr Steinbrück, das ist inzwischen selbst Ihren Parteifreunden in Berlin deutlich geworden.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Oh!)

Hier in Düsseldorf, in der Stadt, in der Heinrich Heine geboren worden ist, passt daher die Abwandlung eines Heinrich-Heine-Zitats besonders gut, das die „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. Mai unter der Überschrift „Woran Schröder beim Schlafengehen denkt“ formuliert hat. Ich zitiere:

"Denkt er"

- denkt Schröder -

"an Steinbrück in der Nacht, dann ist er um den Schlaf gebracht."

Dem ist nichts Weiteres hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Diegel. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Diegel!

(Manfred Palmén [CDU]: Wir sind auf einem guten Weg!)

Ich habe Verständnis dafür, dass Sie aufgrund der Gesamtsituation hier heute gerne die Chance nutzen, noch einmal abzurechnen, insbesondere mit einzelnen Personen und vielleicht auch noch im Hinblick auf die ein oder anderen Dinge, die Ihnen in den letzten Tagen nicht gepasst haben. Aber ich habe unglaublich wenig Verständnis dafür, Herr Kollege, dass Sie sich hier hinstellen - wir haben heute viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Parlament - und wirklich so tun, als könne man diese Situation ernsthaft nur einer Landesregierung anlasten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin enttäuscht. Herr Kollege, dass Sie als Finanzpolitiker nicht einmal den Versuch machen, unseren Zuhörerinnen und Zuhörern deutlich zu machen,

(Unruhe bei der CDU)

dass wir zurzeit eine wirtschaftliche Situation haben, die auch Kolleginnen und Kollegen in Bundesländern, die z. B. von der CDU geführt werden, genauso bewerten.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, das Mindeste, Herr Kollege, was Sie den Menschen in diesem Lande hätten eingestehen müssen, ist, dass wir insgesamt eine schwierige Lage haben.

(Unruhe bei der CDU)

Ich will nicht auf die Ursachen eingehen und auch gar nicht darüber reden, welche Grundlagen für diese Situation vor 1998 gelegt worden sind,

(Beifall bei der SPD)

weil ich der Meinung bin: Heute haben die Menschen Anspruch zu erfahren, wie wir weitermachen wollen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang nochmals kurz den Blick auf zwei Bundesländer. Wir hatten vor zwei Wochen Gelegenheit - die CDU-Fraktion war dabei -, in Baden-Württemberg entsprechende Gespräche zu führen. Sie wissen, wie Baden-Württemberg regiert wird. In diesen

Gesprächen hat der zuständige Vertreter des Finanzministeriums wörtlich gesagt:

"Unser Staat hat sich angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage überfordert. Konjunkturelle Belastungen"

- Herr Kollege, hören Sie zu! -

"und wirtschaftliche Rahmenbedingungen machen das Überdenken aller staatlichen Ebenen notwendig. Dieses wird kein Bundesland alleine lösen."

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Das, meine ich, gehört auch dazu, wenn man sich hier vorne hinstellt und Nordrhein-Westfalen schlechtedet.

Und es gehört auch dazu, einmal zu schauen, was zurzeit in Niedersachsen passiert; da ist Ihre Partei ja seit wenigen Monaten mit in der Verantwortung. Im April 2003 ist da ein Nachtragshaushalt vorgelegt worden,

(Unruhe bei der CDU)

ein Nachtragshaushalt, der deutlich macht, dass man die Schuldenaufnahme, die Nettokreditaufnahme für das laufende Jahr erhöht. Und wissen Sie wofür?

(Manfred Palmen [CDU]: Aber es wird gleichzeitig eingespart!)

- Herr Kollege Palmen, wir können uns gleich auch noch auseinander setzen. - Nicht nur, um die Steuermindereinnahmen zu finanzieren, sondern - und das halte ich für unseriös - um Wahlversprechen einzulösen, um 2.500 neue Lehrerstellen und 250 neue Stellen für die Polizei zu finanzieren. Meine Damen und Herren, das sind haushaltswirtschaftliche Maßnahmen, von denen ich glaube: Sie belasten unsere Zukunft und sind zutiefst unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist aufgrund der Situation zurzeit schlicht unmöglich, im Haushalt 2003 fast 2 Milliarden € einzusparen.

Das belegt ziemlich deutlich - da muss ich mich leider, obwohl ich das aufgrund der gestrigen Ereignisse heute eigentlich gar nicht wollte, noch einmal mit dem politischen Gegner beschäftigen - die schwierige finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte, die nicht zuletzt auch durch die Blockadepolitik der CDU, aber auch der CSU in Berlin mitzuverantworten ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie wissen genau, dass Sie beim Vermittlungsverfahren im Steuervergünstigungsabbaugesetz dringend erforderliche Einnahmeverbesserungen für den Bund, die Länder, aber auch die Kommunen blockiert haben.

(Unruhe bei der CDU)

Das bedeutet aktuell für Nordrhein-Westfalen - und auch das wissen Sie, weil Sie die Haushaltspläne ja kennen - eine Lücke von etwa 2 Millionen €. Nur aufgrund der Blockadepolitik, die Sie im Bundesrat geführt haben! Ich finde, das gehört auch hierhin und muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Dann noch ein Punkt zum Thema "Schlechteden von NRW": der Länderfinanzausgleich. Natürlich ist es für uns aktuell schwierig, zusätzlich eine knappe halbe Milliarde Euro einzahlen zu müssen. Aber was heißt das denn, wenn wir als Nordrhein-Westfalen in den Länderfinanzausgleich einzahlen? Es heißt doch einmal, dass wir noch in der Lage sind, andere Bundesländer, denen es deutlich schlechter geht, zu unterstützen. Wir sind zum Zweiten immer noch ein Land, das zu denen gehört, die im Vergleich zu anderen Bundesländern finanzstark sind. Und es heißt drittens auch - das ist mir ganz wichtig -, dass wir eine starke Finanzverantwortung in der Bundesrepublik für den gesamten föderalen Ausgleich nach wie vor mitübernehmen. Das zeigt, dass das Einzahlen in den Länderfinanzausgleich nicht ein Zeichen der Schwäche dieses Bundeslandes, ist, sondern durchaus noch ein Zeichen seiner Finanzstärke. Deshalb: Hören Sie auf, dieses Land dauernd schlechztureden!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Keiner, der hier lebt, mag dauernd hören, wie schlecht es diesem Land geht.

(Manfred Palmen [CDU]: Wir sind auf einem guten Weg!)

Gleichwohl, meine Damen und Herren, bin ich auch der Ansicht, dass wir darüber nachdenken müssen, wie die zukünftige Entwicklung, auch vor dem Hintergrund der Beratungen zum Doppelhaushalt 2004/2005, zu gestalten ist. Das ist überhaupt keine Frage. Wir wissen, dass wir zum Ausgleich des zusätzlichen Finanzbedarfes alle Konsolidierungsmöglichkeiten in den nächsten

Wochen und Monaten werden ausschöpfen müssen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Herr Kollege Palmen, Sie können doch eine Zwischenfrage stellen. Das ist schöner als immer dazwischenzuschreien. - Wir wissen, dass alle Subventionstatbestände auf der Einnahmen -, aber auch auf der Ausgabenseite auf den Prüfstand gehören. Dabei sage ich allerdings schon heute deutlich: Die Einschränkung dürfte immer an der Stelle gefunden werden, an der es um Auswirkungen auf die Konjunktur, aber auch auf den Arbeitsmarkt geht. Wir werden dort nichts zulassen, was zu dauerhaften Nachteilen führt.

Es wird auch nötig sein, die Haushalts- und Finanzpolitik stärker als bisher einem nachhaltigen Konsolidierungskurs zuzuführen. Dazu gehört natürlich, über strukturelle Haushaltsveränderungen nachzudenken. Ich bin sicher, dass uns das in den nächsten Wochen und Monaten gelingen wird. Ich weiß aber auch - und das sage ich ganz ehrlich auch vor den Zuhörerinnen und Zuhörern -: Wir werden dafür eine längere Zeit, einen längeren Atem brauchen, als wir es noch vor ein oder zwei Jahren geglaubt haben.

Es ist klar, meine Damen und Herren, dass sich in unserer Finanzplanung die vorgesehenen Abbauschritte der Nettoneuverschuldung, der Nettokreditaufnahme bis zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt ohne Neuverschuldung aufgrund der wirtschaftlichen Lage sicherlich nicht so schnell realisieren lassen, wie wir es geplant haben. Dennoch werden wir an dem Ziel festhalten; das ist überhaupt keine Frage.

Im Fazit heißt das: Die Erhöhung der Neuverschuldung mit dem Nachtragshaushalt ist schmerzlich. Sie ist gerade für Finanzpolitiker auch ein Stück Eingeständnis, dass es immer wieder zu Rückschlägen kommt. Aber sie ist zurzeit die angemessene, auch sachlich richtige Antwort auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, denn sie realisiert ausschließlich Steuerausfälle und die Mehrzahlung in den Länderfinanzausgleich.

Die Blockade aller Investitionen und einen Einstellungsstopp über eine Haushaltssperre würden wir aus den gleichen Gründen ablehnen, die der Finanzminister in seiner Einbringung angeführt hat. Die Auswirkungen auf den Auftraggeber, aber auch auf den Konsumenten Nordrhein-Westfalen sind aus unserer Sicht nicht zu verantworten.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir gerade zu diesem Zeitpunkt noch folgende abschlie-

ßende Bemerkung: Ich finde, es ist immer mal wieder notwendig, auch in diesem Land daran zu erinnern, dass die Bundesrepublik im Hinblick auf ihre Wirtschafts- und Exportkraft weltweit an dritter Stelle hinter den USA und Japan steht. Ich glaube, es ist auch notwendig, daran zu erinnern, dass unsere Löhne die höchsten in der Welt sind. Ich glaube, es ist auch wichtig, sich mal wieder in Erinnerung zu rufen, dass wir in Deutschland die meisten bezahlten Feier- und Urlaubstage haben. Und es ist auch wichtig, zu wissen, dass unser Gesundheitssystem zu den besten in der Welt gehört. Wenn wir unsere privaten Ersparnisse und damit unseren Wohlstand mit dem anderer Länder messen, dann wird wohl deutlich, dass wir hier einen Spitzenplatz in der Welt einnehmen.

Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang Helmut Schmidt zu zitieren, der in der "Zeit" vom 22. Mai ausgeführt hat, dass wir sicherlich zurzeit die Weltmeister im Jammern sind. Ich würde mich diesem Tenor gerne anschließen und der Überweisung des Nachtragshaushaltes in den Ausschuss zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal gibt es wirklich wenig erfreuliche Nachrichten, die uns hier erreichen,

(Zuruf: Manchmal?)

die auf sehr unterschiedliche Art und Weise Betroffenen auslösen und uns mit Trauer erfüllen. Vor drei Wochen erreichten uns die düsteren Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung. Danach werden allein für das Land Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2003 Mindereinnahmen in Höhe von 1,402 Milliarden € erwartet, für das Jahr 2004 Mindereinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden € und für das Jahr 2005 sogar Mindereinnahmen in Höhe von 3,1 Milliarden € - und das alles immer noch gerechnet in der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 0,75 %.

Es ist, wie wir hier schon an vielen Stellen feststellen konnten, wie immer: SPD und Grüne malen sich die Welt ein bisschen schöner, als sie ist. Leider ist aber bereits heute absehbar, dass die zu erwartenden Steuereinnahmen nach unten korrigiert werden müssen. Ein Wirtschaftswachstum von 0,75 % wird selbst von den größten Optimis-

ten in Ihren eigenen Reihen nicht ernsthaft angenommen.

Meine Damen und Herren, die Geschichte dieses Nachtragshaushaltes sieht folgendermaßen aus: Vor drei Wochen berichtete der Finanzminister, dass man von einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,4 Milliarden € ausgeht. Seit Dienstag wissen wir, dass das Einnahmeloch auf 1,887 Milliarden € angewachsen ist. Rechnen Sie das mal hoch bis November oder Dezember hoch! Da wird einem wirklich ganz schummrig.

Meine Damen und Herren, ich höre und lese, dass wir uns darüber freuen können, dass wir in den Länderfinanzausgleich 2002 ein bisschen mehr einzahlen dürfen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Ihnen scheint es zu reichen, nur 300 m und nicht 500 m unter Wasser zu stehen. Mir reicht das nicht, der FDP reicht das nicht. Ich glaube auch, dass es den Menschen im diesem Lande nicht reichen kann und darf.

Einen Punkt - der Finanzminister bat ja gerade, man solle gnädig sein - möchte ich jedoch positiv anmerken: Die Landesregierung hat in diesem Jahr den Mut gefunden, einen Nachtragshaushalt einzubringen. Wir haben uns das auch schon in den vergangenen Jahren gewünscht, weil die Entwicklung da genauso vergleichbar war. Die Notwendigkeit stellte sich auch im vergangenen Jahr dar. Deswegen Kompliment, dass Sie in diesem Jahr die Kraft zu einem Nachtragshaushalt hatten!

Wenn man sich das aber im Konkreten ansieht, dann wird der Nachtragshaushalt bemerkenswert. Ich habe mich, genauso wie der Kollege Diegel und der eine oder andere Kollege in diesem Hause, an die Reden des Ministerpräsidenten - damals noch Finanzminister in diesem Land - zur Einbringung der Haushalte 2002 und 2003 erinnert. Auch ich bin über das Motto der Einbringungsrede 2002 gestolpert: Finanzpolitik für NRW - "Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder". Es wurde ganz viel von Nachhaltigkeit geredet.

In der Einbringungsrede des Landeshaushalts 2003 - auch damals war Peer Steinbrück noch Finanzminister - findet sich u. a. die Ausführung:

"Darüber hinaus hält die Landesregierung eine Rückführung der Neuverschuldung trotz widriger Rahmenbedingungen für notwendig ... Wir müssen neue Spielräume für eine aktive Politikgestaltung gewinnen, und wir dürfen nicht länger im bisherigen Tempo Lasten auf die Zukunft verschieben und damit Kosten auf unsere

Kinder und Enkelkinder abwälzen. Die Zukunftsinteressen müssen gegenüber den Gegenwartslobbys gestärkt werden."

Wenige Sätze später heißt es dann zur Konsolidierung, dass sie sich wohl bei konkreten Ausgabepositionen und Summen auswirkt, dass sie nicht schmerzlos zu erreichen ist, denn sonst wäre es schließlich keine Konsolidierung.

Um das Ganze noch zu toppen, forderte der heutige Ministerpräsident die Opposition damals auf, endlich den Mut zu Ungemütlichkeiten aufzubringen.

Der Beschreibung der Notwendigkeiten, der Beschreibung des Ziels konnten wir damals alle - wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen - zustimmen. Aber, meine Damen und Herren von der Landesregierung und Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, es reicht nicht, einfach nur schön irgendetwas daherzureden. Es reicht nicht, in diesem Parlament einfach nur von nachhaltiger Finanz- und Haushaltspolitik zu reden. Sie als Landesregierung, Sie als Ministerpräsident, das von Ihnen berufene Kabinett haben auch den Auftrag von diesem Parlament bekommen, endlich zu handeln. Die Zeiten des Dummrumsprechens und des Schönherredens sind halt vorbei.

(Zuruf von der SPD: Jetzt reicht es aber!)

Dafür ist die Situation wirklich viel zu ernst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will hier keinem zu nahe treten. Ich glaube, dass sich keiner angesprochen fühlen musste.

(Manfred Palmén [CDU]: Labern Sie ruhig weiter!)

Sie werden als Landesregierung Ihren eigenen Forderungen nicht gerecht. Sie können nur unter der Messlatte Ihrer eigenen Maßstäbe, die Sie selber für Ihre Finanz- und Haushaltspolitik erhoben haben, durchgehen. Sie werden an ihr gemessen, und Sie haben an dieser Messlatte versagt.

Gestern wurde mehrfach betont, man müsse konkret einsparen, man müsse konkret etwas benennen, es müsse endlich einmal etwas passieren, es müssten konkrete Einsparungsvorschläge gemacht werden. - In diesem Nachtragshaushalt hätten Sie die Möglichkeit gehabt. Aber nichts ist passiert. Sie haben die globale Minderausgabe wieder einmal erhöht: um 126,2 Millionen €. Damit haben Sie, wenn der Nachtrag so verabschiedet

werden sollte, immerhin etwas mehr als eine halbe Milliarde Euro als globale Minderausgabe im Landeshaushalt.

Dann ist es wirklich befremdlich, wenn Sie hier von politischem Schattenboxen reden, Inszenierungen unterstellen und politische Rituale feststellen. Rituale ja, die habe ich hier in den letzten drei Jahren wirklich hinreichend miterleben dürfen. Sobald ein konstruktiver, richtiger und Perspektiven aufzeigender Vorschlag für eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik vonseiten der Opposition gekommen ist - sei es von der CDU oder von der FDP -, haben Sie ihn, weil er eben von den anderen war, in Bausch und Bogen abgelehnt.

Sie müssen diese Bremsklötze wegwerfen, diesen Klotz am Bein aus Beton. Mit dem Brett vor dem Kopf kommen Sie auch nicht durch die immer schmalere werdende Tür der Gestaltungsmöglichkeiten des politischen Auftrages, für die Geschichte der Menschen in diesem Land Rahmenbedingungen zu setzen. Deswegen müssen Sie endlich einmal etwas unkonventioneller denken.

(Frank Baranowski [SPD]: Sie labern schon gegen die Abschaffung der Reiterordnung!)

Wenn ich dann höre, man sollte nicht in irgendwelche parteipolitischen Rituale verfallen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Jawohl, Herr Ministerpräsident. Das ist völlig richtig. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie sich aufregen, dass ich den Ministerpräsidenten in dieser Frage ausdrücklich unterstütze, Herr Baranowski.

(Frank Baranowski [SPD]: Weil Sie labern!)

Ihre Aufregungsattacken seien Ihnen zugestanden.

Aber es reicht wirklich nicht aus, einfach nur die Forderung zu erheben. Sie müssen auch handeln.

Wenn ich noch einmal darauf hinweisen darf - auch die Kollegin von den Grünen, die ja vor drei Wochen zitiert wurde -: Für uns ist klar, die Antwort auf die fehlenden Steuereinnahmen darf nicht neue Schulden heißen. Dann frage ich mich allen Ernstes: Wenn das so ist, wie können Sie eigentlich einen solchen Nachtragshaushalt hier einbringen? Wie können Ihre Minister im Kabinett einem solchen Nachtragshaushalt zustimmen? Wie geht das?

(Manfred Palmén [CDU]: Die haben nichts zugesagt!)

Oder gibt es da irgendwelche größeren Differenzen, die Sie noch intern abklären müssen?

Meine Damen und Herren, wir als FDP-Fraktion haben Anträge in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht, mit denen ein Einstieg in eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik möglich gewesen wäre. Es reicht nicht aus, irgendwelche Ausgaben in irgendwelchen Projekten zu streichen. Wie lange warten wir schon auf den Bericht zum Fördercontrolling? Drei Jahre? Nichts ist bisher passiert! Gar nichts!

Meine Damen und Herren, wenn es uns nicht gelingt, im Land Nordrhein-Westfalen eine Aufbruchstimmung zu erreichen, wenn es uns nicht gelingt, dass endlich ein Ruck durch Nordrhein-Westfalen geht und nicht irgendein rot-grüner Blubb,

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE] und Marianne Thomann-Stahl [FDP])

dann werden wir auch die Probleme dauerhaft nicht lösen können. Wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum, wir brauchen mehr Beschäftigung - das wird dann zu Steuermehreinnahmen führen -, und - bei aller Liebe - nicht weitere Steuererhöhungen, nicht eine weitere Verbreiterungen der Bemessungsgrundlage. Meine Damen und Herren, Sie denken falsch!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen ein Klima für Investitionen in Nordrhein-Westfalen, ein Klima für die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze. Wir brauchen endlich ein effizientes Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen, Freiheit für Forschung und Wissenschaft und nicht das ewige Kleinklein, z. B. in der Stammzellenforschung. Wir brauchen eine deutliche Steuerentlastung für die Bürgerinnen und Bürger, damit sie mehr Eigenvorsorge treffen können, damit sie ihr Leben auch wieder nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Wir brauchen auch ein transparentes und gerechteres Steuersystem.

Und: Weg mit der Bürokratie! Wir müssen den Staat auf seine Kernaufgaben zurückführen; das ist bislang bei Ihnen zwar in Reden, aber bedauerlicherweise nicht in Taten erkennbar. Dann werden Sie auch wieder Freiräume haben für Existenzgründer, dann werden Sie Freiräume haben für Menschen, die in diesem Land etwas anfangen wollen. Denn Nordrhein-Westfalen ist ein tolles Land, ein Land mit 18 Millionen Menschen, die wirklich etwas Besseres verdient haben als diese Regierung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Müller, Bündnis 90/Die Grünen.

Edith Müller (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Die Steuerschätzung hat eine Summe in die Welt gesetzt: 126 Milliarden € Mindereinnahmen bis 2007. Ich weiß nicht, wer sich 1 Milliarde oder 2 Milliarden vorstellen kann. Bei einer Summe von 126 Milliarden € Mindereinnahmen bekommt man als Haushälterin schlaflose Nächte. Es ist sehr schwer zu akzeptieren, dass wir angesichts einer so schweren weltwirtschaftlichen konjunkturellen Lage gezwungen sein werden, den Landeshaushalt in den nächsten vier Jahren ungefähr um ein Viertel zu reduzieren. Ich sage das so dezidiert, weil ich glaube, dass man sich den Fakten stellen muss. Man muss ganz genau entscheiden, was wir angesichts dieser Lage tun.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Nachtragshaushalt müssen wir 2 Milliarden € Mindereinnahmen und Mehrausgaben verkraften.

Um es kurz zusammenzufassen: Ich finde den Vorschlag des Finanzministers plausibel und nachvollziehbar, angesichts der wirtschaftlichen Lage in unserem Land die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären - ich meine sogar, dazu ist er aufgrund von § 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet. Ich sehe nicht, durch welche Sparmaßnahme auch immer wir in diesem Jahr konjunkturbedingte Ausfälle in dieser Größenordnung noch hätten irgendwie auffangen können. Jeder, der sich etwas mit der Materie auskennt, muss sagen: Das ist so. Da hat der Finanzminister eine richtige Vorlage erarbeitet.

Ich meine aber auch, dass dies nicht die einzige Antwort auf die dramatische Lage sein kann. Um an Frau Freimuth anzuknüpfen: Das Wort von nachhaltiger Haushaltspolitik bleibt mir fast in der Kehle stecken angesichts dieser dramatischen Neuverschuldung. Aber es nützt auch nichts, auf diesen politischen Konsens zu verzichten, dass wir Generationengerechtigkeit ernst nehmen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will ein Beispiel bringen.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Wir haben zwischen 2000 und 2002, Herr Dr. Wolf, die Neuverschuldung um 12 Milliarden € erhöht. Dafür zahlen wir jetzt erstmals 500 Millionen € Zinsen. Das ist mehr, als wir in diesem Jahr für die Steinkohle im Landeshaushalt angesetzt haben. Es kann doch nur diesen Weg geben: Wir müssen aus der Schuldenfalle heraus. Wir müssen aus der Neuverschuldungsspirale heraus. Wir müssen die Strukturen so verändern, dass sie es uns ermöglichen ---

(Zurufe von Heinz Hardt [CDU], Dr. Helmut Linssen [CDU] und Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Es ist ja gut, wenn die Opposition mich in diesem Zusammenhang unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, Herr Dr. Rüttgers: Seit den 70er-Jahren sind die staatlichen Leistungen ausgebaut und aufgebaut worden: mit Ihrer Hilfe, mit der Hilfe der FDP, mit der Hilfe der SPD, und, als wir dran waren, mit unserer ganz genauso. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen. In den 70er-Jahren haben wir dramatische Aufwüchse in den Haushalten auf allen Ebenen erlebt. Es war wünschenswert. Und es war in vielen Bereichen notwendig. Die damalige Entwicklung bildet noch heute - auch das muss man sagen - das Fundament für unseren Wohlstand, der nicht der schlechteste ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Aber heute müssen wir erkennen - und das namentlich angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft altert -, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Wir können dieses Maß an staatlicher Ausgabenpolitik so nicht mehr weiterführen. Wir haben viel zu lange schon zulasten der Zukunft entschieden. Das muss sich ändern. Wir müssen aus dieser Routine ausbrechen.

Ich meine, wir benötigen dazu einen gemeinsamen Kraftakt aller Parteien, aller gesellschaftlichen Kräfte. Hierzu zählt auch jeder Bürger und jede Bürgerin. Denn nur in einem breiten Konsens können wir diese Herausforderung bewältigen.

Dabei ist es mir heute ganz egal, wer dafür in der Vergangenheit verantwortlich war. Das ist mir egal, weil es mir nichts mehr nützt. Ich möchte, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir die Gegenwart und die Zukunft bewältigen können.

(Manfred Palmén [CDU]: Dann dürfen Sie dem Haushalt überhaupt nicht mehr zustimmen!)

Um in der Frage der nachhaltigen Haushaltspolitik glaubwürdig zu sein, werden wir mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts gleichzeitig auch eine EntschlieÙung zum notwendigen Umsteuern im Haushalt 2004/2005 fassen.

Herr Dr. Rüttgers, mit Interesse habe ich Ihren Antrag gelesen. Ich finde es sehr gut, dass Sie einen Antrag einbringen, und möchte Sie dazu beglückwünschen, dass Sie so gut die Papiere meiner Fraktion und die Papiere unseres Arbeitskreises Haushalts- und Finanzpolitik studiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann an vielen Stellen doch deutliche Wiedererkennungseffekte vermerken.

(Manfred Palmen [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Ich meine, wir müssen im Haushaltsverfahren 2004/2005 zu deutlich sichtbaren und spürbaren strukturellen Veränderungen kommen, die sich auch monetär niederschlagen. Es kann nicht nur bei Worten bleiben.

Wenn wir das in diesem Haus erreichen wollen - jetzt spreche ich das Haus an -, müssen wir unseren Politikstil ändern. Wir müssen weg von der schlichten Klientelpolitik. Wenn Herr Vesper in seinem Ministerium 0,2 % bei den Bibliotheken streicht, kann die Opposition gegen diese Peanuts-Veränderung nicht den Widerstand organisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch lächerlich.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wir dürfen uns in Zukunft nicht an den schlichten Klientelpolitiken orientieren, sondern müssen zu einer langfristigen Orientierung am Gemeinwohl kommen: bei weniger Ressourcen Konzentration auf das wirklich Notwendige.

Dazu - das richte ich an die Adresse von uns allen - muss die klassische Arbeitsteilung zwischen Haushältern und Fachpolitikern ein Ende haben. Dieser Poker - nimm überall was weg, aber nicht bei mir - muss in diesem Hause ein Ende haben.

Wir brauchen mehr Transparenz. Wir müssen wissen, was sich hinter den einzelnen Finanzierungsprojekten in unserem Landeshaushalt eigentlich wirklich verbirgt,

(Manfred Palmen [CDU]: Grüne Spielwiesen!)

damit wir zu rationalen und vernünftigen Vorschlägen kommen.

Ich möchte als Haushälterin in Zukunft mehr davon verstehen, was in den Fachpolitiken geschieht. Und umgekehrt möchte ich, dass die Fachpolitiker all die Wirkungen, die ihre großen Wünsche und Vorstellungen nach sich ziehen, einkalkulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte, dass wir nicht mehr zu so etwas kommen wie im Falle des Betreuungsrechtes: Dass wir ein wunderbares Gesetz in Berlin machen - das war übrigens Ihre Koalition, wenn ich mich recht entsinne -, die Kosten exponentiell - "von null auf hundert" ist ja noch gelinde formuliert - steigern und wir im Landeshaushalt mit Unsummen von Auszahlungen belastet werden.

Wir als Haushälter müssen dann sagen: So geht es nicht weiter. Die Fachpolitik muss erkennen, dass wir eine solche Art von Gesetzgebung in Zeiten knapper Kassen nicht mehr realisieren können.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Keller?

Edith Müller (GRÜNE): Nein.

Ich will Ihnen an einem anderen Beispiel das Prinzip verdeutlichen, was zeigt, dass sich wirklich etwas ändern muss: Ich glaube nicht, dass wir in diesem Land neue Haftanstalten brauchen, jedenfalls nicht, solange wir das Konzept der Haftvermeidung nicht konsequent umsetzen. - Wenn wir also sparen müssen, müssen wir auch unseren Kopf anstrengen und neue konzeptionelle Vorschläge unterbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe über das Problem der Zinslast und über die Generationengerechtigkeit gesprochen. - Im Haushalt gibt es zwei große Blöcke, die meiner Meinung nach ein weiteres großes Einsparpotenzial enthalten. Der eine ist der Bereich Personal. Der andere ist der Bereich der Zuwendungen und Zuschüsse.

Angesichts des großen Anteils der Personalausgaben am Landeshaushalt werden nicht umhin kommen, in diesem Bereich deutliche Konsolidierungsbeiträge zu organisieren. Dass dies ein schwieriger Prozess ist, ist mir klar. Dass wir keine betriebsbedingten Kündigungen wollen, ist mir auch klar. Dann muss aber auch klar sein, dass dieser Bereich substanziell etwas beitragen muss.

Da reichen mir die Vorschläge der Opposition nicht aus.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Das habe ich alles gelesen. Ich glaube, es reicht nicht, Herr Palmen.

Deshalb schlägt meine Fraktion vor, die 41-Stunden-Woche einzuführen. Deswegen schlägt meine Fraktion vor, die Öffnungsklausel zu nutzen. Deswegen schlägt meine Fraktion vor, konsequenter vorzugehen.

Wir haben das gestern zum Teil bei dem Thema "Frühpensionierung" bereits gemacht: Es muss Wege geben, damit Lehrerinnen und Lehrer nicht frühpensioniert werden, wenn sie mit 55 Jahren sagen, sie schaffen diese Arbeit nicht mehr. Sie müssen eine andere Möglichkeit im öffentlichen Dienst bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre doch erbärmlich, wenn wir das nicht organisieren könnten.

Und es muss eine konsequente Budgetierung der Personalausgaben geben, damit dezentrale Ressourcenverantwortung in der öffentlichen Verwaltung wahr gemacht wird und neue Ideen in Bezug auf die Frage des effizienten Umgangs mit Personal überhaupt in die Köpfe kommen.

Herr Dr. Rüttgers, ich habe mir die Positionen von über 50 Millionen € in der Hauptgruppe 6 angeschaut. Ich habe keine Lust, mich um Förderprogramme zu kümmern, die mit 700.000 € im Haushalt stehen. Diese sind wichtig und richtig, bringen aber keinen entscheidenden Konsolidierungsbeitrag. Das muss man auch einmal sagen. Im Gegenteil. Dadurch wird vieles präventiv finanziert, was in diesem Land politisch wichtig ist. Wenn wir sie nicht hätten, müssten wir hinterher wieder viel für Reparaturen an anderer Stelle ausgeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich kümmere mich um die großen Sachen. Von den 9 Milliarden € an freien Zuwendungen und Zuschüssen, die zum Teil auch gesetzlich bedingt sind, gehören über 8 Milliarden € zu den Programmen mit über 50 Millionen €. Das ist eine Liste von nur einer Seite. Ich meine, wir müssen exakt an diese heran. Dies bedeutet auch, zu überlegen, worauf wir verzichten wollen und was wir überhaupt noch machen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Was ist überhaupt zu finanzieren?

Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Das müssen wir beweisen. Meine Fraktion ist dabei. Wir haben einen Teil unserer Vorschläge am Montag veröffentlicht. Wir werden in der nächsten oder übernächsten Woche weitere Vorschläge in dieser Richtung bekannt geben. So muss es sein. Ich finde es sehr gut, wenn sich alle, auch die Opposition, bemühen, entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Lassen sich mich noch einen Satz zur Einnahmeseite sagen.

(Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

Bei aller Notwendigkeit, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, glaube ich nicht, dass das Setzen allein auf Wirtschaftswachstum uns alle Sorgen und Nöte vom Tisch fegt, die wir als Haushälter heute haben. Das glaube ich nicht, obwohl natürlich Wirtschaftswachstum kommen muss. Deshalb muss auch geschaut werden, was wir auf der Einnahmeseite verändern können. Das Stichwort dazu ist: Subventionsabbau.

In meiner Fraktion werde ich immer Folgendes gefragt: Edith, du sagst immer, wir müssen sparen und kürzen. Mach doch einmal einen Vorschlag für die Einnahmeseite. - Mit einem Augenzwinkern verweise ich dann immer auf die Opposition, namentlich auf die CDU, die das Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen im Bundesrat mit Glanz und Gloria zulasten unseres Landes durchgewinkt hat.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Ich komme darauf, Herr Palmen.

Herr Dr. Rüttgers, es muss uns doch gelingen, die Eigenheimzulage zu reformieren. Unsere Steuerbasis in Nordrhein-Westfalen sähe wesentlich besser aus. Ich betone: Die Steuermindereinnahmen, die Nordrhein-Westfalen durch die Eigenheimzulage zu verbuchen hat, sind höher als der Betrag, den wir für die Steinkohle ausgeben. Ich sage das, um die Dimension dieser Subvention klar zu machen. Wir müssen uns darum mehr kümmern als bisher. Ich fordere die Opposition auf, endlich einen Kurswechsel in dieser Frage vorzunehmen. Herr Merz hat es schon angedeutet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Reform der Eigenheimzulage ist keine Steuererhöhung, sondern der Staat verzichtet im Au-

genblick an diesem Punkt auf Einkommensteuer. Zu wessen Gunsten geschieht das denn? Schauen Sie sich das einmal genau an. Ich sage es Ihnen: Es geschieht zugunsten von Grund- und Bodenbesitzern. Das sind wunderbare Mitnahmeeffekte. Ich muss Sie fragen: Wollen wir das? - Das ist doch lächerlich! - Sie müssen sich auf Bundesebene bewegen, damit das Stichwort "Subventionsabbau" ernsthaft mit Leben erfüllt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir als Landesgesetzgeber müssen unsere Aufgabe erfüllen. Jeder, der hier sitzt, jeder Kollege und jede Kollegin, muss in den nächsten Wochen klug sein und mit Vorschlägen kommen. Jede und jeder.

Es ist aber auch wahr: Allein aus eigenen Kräften können wir die Blockade nicht auflösen. Wir brauchen auch die notwendigen Reformen im Bund. Die Opposition kann uns nicht von ihrer Reformfreudigkeit dadurch überzeugen, dass sie zwar das Schlagwort "nachhaltige Haushaltspolitik" im Mund führt, aber im Bundesrat eine Blockadehaltung an den Tag legt. Mit Verlaub: Das ist unglaubwürdig.

Bei der Haushalts- und Finanzpolitik sowohl im Bund als auch in Nordrhein-Westfalen kommt es darauf an, dass alle politischen Kräfte die Zeichen der Zeit erkennen und wir gemeinsam daran arbeiten, wie wir in diesem Deutschland, in diesem Nordrhein-Westfalen mit dieser Situation umgehen können. Damit haben wir noch genug zu tun! - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man dieser Debatte gut zugehört hat, hat man - so muss ich gestehen - Schwierigkeiten, eine Rede zu halten, weil man nicht weiß, auf welche Äußerungen man eingehen soll, wenn man erlebt, dass das Kabinett heute weitgehend keine Lust hat und deshalb nicht vertreten ist und dass die Kollegen aus dem Kabinett und von der Koalition, die hier geredet haben, jeweils etwas anderes vortragen.

Der Finanzminister hat versucht, seine Rede nach folgendem Motto zu halten: Wir behandeln zwar heute den Nachtragshaushalt, und ich habe auch einen Entwurf zum Nachtragshaushalt vorgelegt,

in dem auch ein paar Zahlen stehen. Die Lage ist auch ganz schwierig. Wir können eigentlich nichts machen, deshalb müssen wir leider 1,9 Milliarden Kredite aufnehmen. Gott sei Dank gibt es Bürger im Land, die mir jetzt schreiben. Ich hoffe, dass dann alle demnächst mitsparen.

Frau Walsken kommt ans Rednerpult, windet sich und sagt, es sei alles ganz furchtbar, was Herr Diegel ausgeführt habe. Die Wahrheit sehe völlig anders aus. Wir seien immer noch diejenigen, die im Rahmen des Finanzausgleiches Geld an andere abgeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist so, Herr Kollege!)

Unter dem Strich kommt dann die Aussage: Wir sind Weltmeister im Jammern. Die Wahrheit ist ja ganz anders. Es ist alles in Ordnung, etwa das Gesundheitssystem usw., wenn es nicht ein paar Böse in der Opposition geben würde, die sich im Bundesrat geweigert hätten, Steuern zu erhöhen.

Frau Müller von den Grünen wiederum meint, wir müssten das Problem völlig anders anpacken. Die Lage sei problematisch. Es müsse etwas passieren. Wir müssten jetzt an die Strukturen herangehen. Es bedürfe langfristiger Änderungen. Natürlich müssten wir von der Opposition auch endlich einmal im Bundesrat dafür sorgen, dass die Steuern erhöht würden, damit Sie, die Sie doch für die Regierung und das Land stünden, endlich zu den Einnahmen gelangten, die Ihnen zustünden, z. B. von denjenigen, die die Eigenheimzulage erhielten, nämlich von denjenigen, die Sie, Frau Müller, als Grund- und Bodenbesitzer bezeichnen: Leute, die sich auf 170 Quadratmetern gekauftem Grund und Boden ein Eigenheim errichten wollen!

(Beifall bei der CDU)

Himmel, Herrgott noch einmal, hat denn in diesem Land immer noch keiner kapiert, was los ist?

Frau Walsken, eigentlich müsste ich jetzt hier die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten zurückweisen. Der Ministerpräsident hat gestern doch hier vorgetragen, dass das Land den Anschluss verloren habe. Er hat gesagt, dass die Wirtschaft in Fesseln liege. Der Ministerpräsident hat doch zu Papier und zu Protokoll gegeben, dass Investitionen behindert würden. Er hat doch geäußert, wir müssten etwas unternehmen, damit die Menschen endlich wieder Mut fassten.

Was stimmt denn nun? Stimmt das, was der Ministerpräsident sagt, oder das, was Sie uns hier erzählen? Das passt doch alles nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU - Edith Müller [GRÜNE]:
Es stimmt beides!)

Folgendes bekomme ich überhaupt nicht in den Kopf: Herr Finanzminister, wie kann man sich hier hinstellen - Sie sind Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, des größten Bundeslandes - und sagen, jawohl, die Lage sei schwierig, wir müssten etwas tun, und dann einen Nachtragshaushalt vorlegen, in dem Sie nichts anderes festschreiben als 1,9 Milliarden zusätzliche Schulden. Sie legen keinen einzigen eigenen Sparvorschlag vor.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns einmal umsetzen, was 1,9 Milliarden € neue Kredite bedeuten. Das bedeutet für mindestens 20 Jahre eine zusätzliche Zinsbelastung von mehr als 80 Millionen € jährlich.

Herr Dieckmann, Sie behaupten, das hätte etwas mit vernünftiger Konjunkturpolitik und mit vernünftiger Wirtschaftspolitik zu tun.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Der Staat dürfe in dieser Situation nicht als Auftraggeber ausfallen, haben Sie gesagt.

Wo ist denn dieser Staat, wo ist Ihr Land noch Auftraggeber? Diese Neuverschuldung geht doch nicht in die Investitionen, sondern die Mittel werden für die Zinsaufwendungen benötigt. Inzwischen können Sie doch noch nicht einmal mehr Ihre Kredite ordentlich bedienen.

(Beifall bei der CDU)

Diese 80 Millionen € jährlich sind 20 Millionen € pro Jahr mehr als das Land in diesem Jahr für behinderte und pflegebedürftige Menschen ausgibt.

(Zuruf von der CDU: Wahnsinn!)

Das ist die Situation, in die Sie unser Land gebracht haben.

Ihre seit Jahren andauernde Schuldenpolitik ist nicht nur finanziell unverantwortlich, sie ist nicht nur ökonomisch tödlich, sondern sie ist auch unsozial, weil sie die Falschen, nämlich die Menschen im Land, trifft.

(Beifall bei der CDU)

1,9 Milliarden € Schulden heißt, dass Sie sich eben nicht von Fesseln befreien, wie Sie uns gestern hier haben glauben machen wollen. Sie führen das Land tiefer in Stagnation und Rezession hinein, weil nicht investiert wird. Deshalb ermun-

tern Sie die Menschen auch nicht, sondern Sie machen sie mutlos.

Herr Steinbrück, sagen Sie uns nicht: Wir fangen ja an. Wir müssen erst einmal die Grundlagen klären. Nach der Koalitionskrise geht es richtig los mit der Konsolidierungspolitik.

Sie halten große Reden über die Lähmung der öffentlichen Haushalte, aber dann legen Sie uns einen solchen Nachtragshaushalt vor. Helmut Diegel hat es schon beziffert: Im nächsten Jahr werden die Schulden des Landes auf 100 Milliarden € steigen. Wenn Sie wirklich etwas ändern wollen, dann fangen Sie jetzt damit an, dann ziehen Sie diesen Nachtragshaushalt zurück und legen einen Nachtragshaushalt vor, der zumindest das Bemühen um Sparmaßnahmen deutlich werden lässt.

(Beifall bei der CDU)

Dann sagen Sie bitte Ihren Kabinettsmitgliedern, sie sollten aufhören, einfach so daherzureden.

Am 26. Mai hat Ihr Stellvertreter, Minister Vesper, in der "BILD-Zeitung" erklärt, wir dürften unseren Kindern nicht noch mehr Schulden hinterlassen. - Wie kann man sich mit einer solchen Aussage zitieren lassen, Herr Vesper, wenn man gleichzeitig im Kabinett zustimmt, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, der nur eine neue Kreditaufnahme von 1,9 Milliarden € ausweist?

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie heute nicht mit dem Sparen, mit dem Umschichten und mit den Strukturveränderungen anfangen, werden Sie auch den kommenden Doppelhaushalt nicht in den Griff bekommen. Sie brauchen ein Sanierungskonzept. Sie haben uns in der Aktuellen Stunde gestern dazu erzählt, dem würde Ihr Positionspapier dienen. Das enthalte die Hinweise darauf, was jetzt passieren solle.

Nun gibt es inzwischen zu Ihrem Papier wunderschöne Worte der "Süddeutschen Zeitung":

"Aus Papier kann man viel machen. Wenn es Glück hat, wird es eine gute Zeitung, wenn es Pech hat, wird es ein Eckwertepapier der SPD in Nordrhein-Westfalen."

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich finde, man kann man gar nicht besser ausdrücken.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Das hat wieder etwas mit der Denke zu tun, die eben auch bei Frau Müller deutlich geworden ist. Sie schreiben

in diesem Positionspapier, ein Maßstab Ihrer praktischen Regierungsarbeit sei,

"durch neues Austarieren von Steuern und Ausgaben den Staat handlungsfähig zu halten und nicht durch überzogene Neuverschuldung die Haushaltskrise weiter zu verschärfen."

Zu dem Widerspruch im Hinblick auf diesen Entwurf habe ich schon etwas gesagt. Mich interessiert im Moment einmal die Frage: Was heißt denn eigentlich "neues Austarieren von Steuern und Ausgaben"? Erklären Sie uns, Herr Ministerpräsident: Wollen Sie die Steuern erhöhen, wollen Sie den Haushalt über die Einnahmeseite konsolidieren oder wollen Sie sparen, also über die Ausgabeseite konsolidieren? Oder wollen Sie beides? Ich finde, das Mindeste, was man von dieser Landesregierung heute erwarten kann, ist, dass sie klar sagt, mit welcher Strategie sie eigentlich Haushaltspolitik betreiben will, nachdem der Finanzminister hier mit einer Rede aufgetreten ist, die keinerlei Aussage beinhaltet.

(Beifall bei der CDU)

Dann will ich eine zweite Sache wissen. Es gab gestern Berichte, wonach sich unser und der hessische Finanzminister darauf geeinigt haben, die Kilometerpauschale für Pendler für Entfernungen bis zu 50 Kilometern zu streichen. Ich habe schon zur Kenntnis genommen, Herr Dieckmann, dass Ihr Sprecher mitgeteilt hat, dieser Artikel sei frei erfunden. Aber ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass Ihr Sprecher hinzugefügt hat, es dürfe keine Denkverbote geben.

(Minister Dr. Jochen Dieckmann: Ja!)

Das musste er ja sagen, nachdem Sie das auch gesagt haben, Herr Minister. Ich würde mich jetzt trotzdem dafür interessieren, was das denn heißt. Heißt das z. B. das, was Frau Müller eben vorgebracht hat? Sie lassen sich ja als Subventionsabbauer feiern. Okay.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Es stört mich natürlich, wenn Leute wie Sie und andere dauernd ankündigen, sie würden etwas tun, und dass sich, wenn man fragt, was Sie getan haben, herausstellt: Es kommt kein einziger Vorschlag. Kein einziger Vorschlag, obwohl Sie seit Monaten sagen, Sie wollten etwas machen!

(Beifall bei der CDU)

Sagen Sie doch einmal, was Sie beim Subventionsabbau machen wollen!

Und wenn wir schon dabei sind, dann bestehe ich darauf, dass Sie nicht nur in Berlin fordern, die Subventionen müssten abgebaut werden, sondern dass Sie hier im Land anfangen. Hier gibt es nämlich auch Subventionen im Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Aber unsere Finanzminister sind seit Jahren Nullnummern im Abbau von Subventionen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist dummes Zeug!)

- Das ist kein dummes Zeug.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Der Landeshaushalt nimmt ab. Und trotzdem: Was haben Sie denn zur Steinkohlepolitik in Ihr Papier hineingeschrieben? "Über das Jahr 2010 hinaus muss es weiter Subventionen geben." Bravo! Das ist der tolle Held des Subventionsabbaus: Weiter als 2010 und dann bis auf 22 Millionen Tonnen! Das ist genau das, was wir wollen. - Schwamm drüber!

Mich interessiert eine Frage ganz konkret, weil sie etwas mit den Menschen zu tun hat, mit der Kilometerpauschale und mit der Eigenheimzulage: Würden Sie uns einmal erklären, ob wir von Ihnen demnächst Vorschläge bekommen, etwa die Kilometerpauschale in irgendeiner Form zu verändern? Natürlich wird man über die Kilometerpauschale diskutieren müssen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Natürlich kann man über alles diskutieren. Wenn einem das Wasser bis Oberkante Unterlippe steht, muss man über alles diskutieren. Dann muss man aber auch wissen, warum das so ist. Da muss man z. B. wissen, dass jetzt Rezession ist. Dann muss man wissen, dass der, der in der Rezession die Steuern erhöht, Gift für die Konjunktur ausstreut.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das heißt im Klartext, übersetzt auf diese Frage: Wollen Sie da rangehen, ohne gleichzeitig die Steuersätze zu senken? Man kann natürlich über Ausnahmetatbestände im Steuerrecht diskutieren, aber nur, wenn man gleichzeitig mit einer Steuerreform anfängt und in einer solchen Situation nicht gleichzeitig die Steuern erhöht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Staatskanzleiminister ist im Moment nicht da. Ich hätte nichts dagegen, wenn hier etwas zu den neuen Vorwürfen gesagt würde, es gäbe in Ihrer

Staatskanzlei Vermerke, wonach das Parlament nicht über die tatsächliche Haushaltslage informiert werden und Druck auf den Landesrechnungshof ausgeübt werden solle. Das ist eine Frage der Zusammenarbeit. Ein Parlament, das sich ernst nimmt, kann nicht durchgehen lassen, wenn es in der Staatskanzlei Papiere geben sollte - was ich nicht weiß und worüber ich gern etwas hören würde -, in denen steht: Wir sorgen dafür, dass das Parlament nicht informiert ist. Vielleicht sagen Sie, wenn wir schon einmal dabei sind, auch dazu etwas.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns gestern aufgefordert, Herr Steinbrück, Sparvorschläge mit zu tragen. Ich stelle erstens fest: Im Rahmen dieser Nachtrags Haushaltsdebatte haben wir von Ihnen, wie übrigens auch gestern, keinen einzigen konkreten Sparvorschlag gehört.

Zweitens. Wir legen Ihnen heute ein Konzept der CDU-Landtagsfraktion vor. Wir wollen einen Sanierungsplan, der nicht aus verquastenen Programmsätzen, sondern aus konkreten Anweisungen, was zu tun ist, besteht.

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

- Lieber Herr Moron - "Chaos-Edi", wie gestern die Zeitung schrieb -, lieber Chaos-Edi,

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Edgar Moron [SPD])

wenn Sie zu Sparvorschlägen von 360 Millionen € in diesem Jahr sagen: "Dünnbrett", dann habe ich den Eindruck, dass Sie nicht nur ein dünnes Brett vor dem Kopf haben, sondern ein dickes, Himmelherrgott noch mal!

(Beifall bei der CDU)

Drehen Sie irgendwann einmal die alte Platte um. Legen Sie mit Ihrer Fraktion doch irgendetwas vor. Dann haben Sie vielleicht wieder einmal etwas anderes, was Sie in Ihrer Fraktion diskutieren können.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

- Sie haben bisher jeden Vorschlag abgelehnt. Das ist wahr. Und deshalb tragen Sie auch höchstpersönlich Verantwortung.

Wir haben Vorschläge mit einem mittelfristigen Einsparvolumen von über 9 Milliarden € vorgelegt. Dazu gehören z. B. konkrete Vorschläge wie die Auflösung der Regierungspräsidien. Das sind keine Luftnummern - das können Sie noch hundert-

mal sagen -, das machen andere Länder schon. Warum das hier nicht gemacht wird, werden Sie dann einmal erklären müssen. Die Antwort ist natürlich klar: Weil es Ihnen um die Posten geht, weil Sie eben nichts von den Strukturen ändern können.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Es geht um den Abbau von 1,5 % des Personals in den Landesministerien. Dass die Ministerien überbesetzt sind, sagt ja selbst die Regierung. Es geht um die Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte auf mindestens 40 Stunden. Es geht um die Rücknahme der Verstaatlichung des Straßenbaus. Es geht um die Zusammenlegung und Auflösung von Landesgesellschaften. Es geht um die Einführung von Studiengebühren zur Verbesserung der Hochschulfinanzierung. Und es geht hier in diesem Landeshaushalt - ich habe es schon gesagt - auch um den Abbau von Subventionen, konkret: Um die Halbierung der Steinkohlesubventionen des Landes bis zum Jahre 2010.

Es geht um die Begrenzung der Windkraftförderung. Es geht um die Neuordnung der Wohnungsbauförderung und den Abbau der Subventionen für Mietskasernen. Und es geht um die Kürzung bei den landeseigenen Förderprogrammen um mindestens 100 Millionen €.

Das sind konkrete Elemente eines Sanierungsplans. Wir sind davon überzeugt, dass man gerade bei diesem Nachtragshaushalt damit anfangen muss. Mit diesem Vorschlag, der Ihnen schriftlich vorliegt, der in diesem Jahr noch ein Einsparvolumen von 350 Millionen € und mittelfristig über 10 Milliarden € erbringt, glauben wir, dass man ein Stück weit die politische Handlungsfähigkeit dieses Landes zurückgewinnen kann. Der Nachtragshaushalt 2003 ist dagegen ein Dokument der Ratlosigkeit und der Schwäche.

Wir von der CDU wollen Wachstum für Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass das Land in zwei Legislaturperioden wieder an die Spitze in Deutschland geführt wird. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen wieder zum dynamischsten Bundesland wird. Wir wollen, dass Schluss mit der Massenarbeitslosigkeit ist. Dafür müssen die Blockaden und Lähmungen weg. Wir wissen auch, dass unser Programm nicht alle Probleme auf einmal löst. Aber wir sagen, es ist ein Anfang und ein Beitrag, der Mut machen kann, und vor allen Dingen ist es ein Anfang für eine andere Politik, die dem Land wieder neue Perspektiven eröffnet.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Als Nächster hat Herr Ministerpräsident Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre durchweg sehr aufgeregte und laute Tonlage, Herr Rüttgers, steht in einem deutlichen Missverhältnis zu der Substanz dessen, was Sie hier geboten haben.

(Beifall bei der SPD)

Je heftiger und polemischer Sie auf viele Sachverhalte und viele handelnde Personen eingehen, desto weniger muss es richtig sein. Was Sie dem Parlament in einem ganz merkwürdigen Respekt gegenüber der Urteilsfähigkeit aller Beteiligten verschweigen, ist, dass wir es seit drei Jahren mit einer Wirtschaftslage zu tun haben, die mitverantwortlich ist für die Situation, in der wir stecken und die insgesamt für die Bundesrepublik Deutschland gilt, für alle Länder, für meine CDU/CSU-Kollegen in den anderen Ländern genauso wie für mich, für CDU/CSU-Finanzminister genauso wie für unseren Finanzminister.

Sie tun so, als ob wir es nicht seit drei Jahren mit erheblichen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen zu tun hätten. Nur ein kurzer Hinweis darauf, dass z. B. die Körperschaftsteuer im Jahre 2001 und 2002 nur noch die Höhe des Aufkommens der Biersteuer ---

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mir doch einfach geduldig zu, so, wie wir dem Oppositionsführer auch zugehört haben! - Sie verschweigen, dass das Aufkommen der Körperschaftsteuer in diesem Zeitraum nur noch der Höhe des Aufkommens der Biersteuer entsprochen hat, und Sie verschweigen vor allen Dingen, dass in den gesamten Verfahren der vergangenen Jahre die CDU/CSU im Bundesrat und im Bundestag für immer noch weiter gehende Steuer-senkungen eingetreten ist, die die Lage der öffentlichen Haushalte noch viel dramatischer gemacht hätte - für die Kommunen genauso wie für die Länder und den Bund.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren bei den Windhundrennen der letzten drei Jahre immer auf der Seite derjenigen, die mit den Steuersätzen noch weiter heruntergehen wollten. Sie waren diejenigen, die in fast jedem Vermittlungsverfahren gesagt haben, dass die staatliche Einnahmehasis und die kommunale Einnahmehasis quasi einen noch stärkeren Entzug verkraften können. All dies verschweigen Sie,

spielt in all Ihren Analysen überhaupt keine Rolle, weil es für eine Opposition in einem Ausfallangriff viel bequemer ist zu sagen: Ja, der Steinbrück ist schuld an der Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen und jetzt sein Nachfolger als Finanzminister.

Ich stelle Ihnen umgekehrt immer wieder dieselbe Frage, Herr Rüttgers: ob Sie persönlich an der Haushalts- und Finanzlage des Bundes in den 90er-Jahren schuld waren. Waren Sie schuld oder nicht?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gehörten Sie nicht persönlich zur Riege der größten Schuldenmacher in den 90er-Jahren, die es je gegeben hat, um in Ihrem Jargon zu pfeifen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Schuldenpolitik der Regierung, in der Sie Verantwortung hatten, ist keinen Deut anders gewesen. Ich würde Ihnen das nie zum Vorwurf machen, weil ich glaube, dass auch Sie damals in einer Situation waren, die von ganz ähnlich ungünstigen Rahmenbedingungen bestimmt war wie unsere Lage heute. Aber ich wäre an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, mir persönlich - oder dem Finanzminister - den Vorwurf zu machen, das sei nun die unsoziale Finanz- und Haushaltspolitik, die ich persönlich zu verantworten habe. Wir sind in einer schwierigen Situation, und wir sind in dieser schwierigen Situation aus objektiven Gründen. Wenn wir uns Ihre Politik auf der Ebene des Bundes teilweise zu Eigen gemacht hätten, wären wir in noch größeren Schwierigkeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das geht alles in Ihrer Analyse unter, weil Sie über meine Analyse, die, wie ich glaube, einigermaßen ausgewogen ist - ich könnte sie Ihnen belegen anhand von vielen Vorschlägen, die Sie gemacht haben, die ich alle miterlebt habe in Vermittlungsausschusssitzungen, in Bundesrats-sitzungen -, hier eine andere Rede hätten halten müssen. Sie wäre dann auch in der Tonlage etwas angemessener; sie hätte auch etwas ruhiger sein müssen.

Die Vorschläge, die Sie bisher gemacht haben, sind alle dünn oder Ladenhüter. Nichts davon ist im Augenblick mit Blick auf die Lage des Nachtragshaushalts umsetzbar - gar nichts. Die Vorschläge, die Sie dann zu einzelnen Positionen machen - Regierungsbezirke; ich gehe darauf gerne noch an der einen oder anderen Stelle ein -, sind für den Nachtragshaushalt irrelevant.

Dann will ich Ihnen gleich den Wind wegnehmen. Ich habe schon gestern und in dem SPD-Papier eingeräumt: Ja, wir sind bereit, mit Ihnen über die Frage der zukünftigen Mittelinstanzen in Nordrhein-Westfalen zu reden. Aber ich möchte gerne vorher wissen - bei dem Impetus, in dem Sie hier auftreten -, ob denn z. B. die Abgeordneten aus Lippe oder aus Ostwestfalen alle damit einverstanden sind, dass es in Detmold keine Bezirksregierung mehr gibt, und wie in Detmold und Ostwestfalen die CDU darüber denkt. Machen Sie uns nicht den Vorwurf: "Den Sozis geht es nur um Posten oder um irgendeinen Postenschacher!"

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr geht es erkennbar darum, dass man in einem Land wie Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern, bei dem allein der Regierungsbezirk Düsseldorf die doppelte Einwohnerzahl von Schleswig-Holstein hat, mit Fug und Recht darüber nachdenken kann, ob diese Mittelinstanzen, diese Bezirksregierungen ihren Sinn haben oder nicht. Darüber bin ich gerne zu reden bereit, aber nicht in der Tonlage und in der Art und Weise, wie Sie es hier tun.

Sie haben ein sehr taktisches Verhältnis zum Subventionsabbau. Dies ist auch sehr durchsichtig. Denn spätestens seit Sie wussten, dass ich mich mit Herrn Koch zusammensetze, um dieses Thema anders anzunehmen, als es in den vergangenen Jahren gelaufen ist, haben Sie zwei vordergründige Argumente gehabt, warum wir dies nicht machen dürfen.

Das erste ist ein CDU-internes und betrifft Ihr Verhältnis zu Herrn Koch.

Das zweite ist eines, das uns beide betrifft, nach dem Motto: Der Steinbrück darf mit einem CDU-Ministerpräsidenten nicht eine gemeinsame Plattform haben, um ein so wichtiges Thema gemeinsam aufzugreifen. - Das ist so vordergründig, Herr Rüttgers.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Machen Sie doch von diesem Pult nicht so ein Tamtam in der Frage. Geben Sie es zu: Ja, ich möchte nicht, dass der Steinbrück mit dem Koch, der ja seine sieben Sinne zusammen hat, mit einem neuen methodischen Ansatz herangeht und das systematisch abarbeitet. Deshalb werfe ich ihnen vor, dass Sie wieder mit dem kleinen Meißel und dem Stift herangehen wollen, während man doch unverkrampft über Subventionen im Bereich von Forschung und Entwicklung oder anderen Feldern reden könnte, die ihren volkswirtschaftlichen Sinn haben mögen. - Das werde ich mit

Herrn Koch nach Lage der Dinge auch debattieren.

Konkret zu dem Thema Subventionsabbau: Ja, ich stehe zu dem Satz. Nichts wird vorher tabuisiert, nicht eine einzige Position bei den steuerlichen Vergünstigungen und bei den direkten Finanzhilfen. Aber ich stehe auch zu dem Satz: Vorher werden wir nicht mit irgendwelchen großspurigen Ankündigungen an die Öffentlichkeit gehen. - Sie werden von mir zu den einzelnen Subventionspositionen, die es in Deutschland gibt - 155 Milliarden € insgesamt -, vorab weder irgendwelche Exklusivitäten noch das Motto hören: Dies ist bereits in der Klammer, so wie wir sie definiert haben. - Das kommt überhaupt nicht in Frage.

(Zuruf von Manfred Palmes [CDU])

- Die Kohlesubventionierung, Herr Palmes, beträgt 1,2 % des Landeshaushalts - damit die Dimension einmal klar ist!

(Manfred Palmes [CDU]: Ist egal, wie viel!)

Ich habe mich dazu schon fünf Mal erklärt. Ich habe Ihnen noch gestern erklärt, dass ich es für zwingend halte, dass das Land demnächst bei einer Degression beim Abbau der Kohlebeihilfen dabei ist. Ich lasse es Ihnen morgen notariell beglaubigen, wenn Sie es gerne wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dieses Thema lohnt doch gar nicht die Einwürfe, die Sie immer machen. Wir werden in diesem Jahr eine Kohleanschlussregelung verhandeln müssen. Dabei werden die Fördermengen heruntergehen; also werden die Beihilfen heruntergehen. Nordrhein-Westfalen wird aufseiten derjenigen sein, die zum ersten Mal an einer Degression teilhaben.

Jetzt kommt Herr Rüttgers wie Ziethen aus dem Busch mit der Reaktivierung des Kohlepennings. Er sagt: Dann soll es über den Stromtarif bezahlt werden. - Herr Rüttgers, an diesem Thema arbeiten ganze Generationen und bewundern die Leichtfüßigkeit, mit der Sie mit diesem Vorschlag kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist wahnsinnig. Sie wissen, dass es ein Verfassungsgerichtsurteil zum Thema Kohlepennig gibt. Das heißt, die Frage der Nichtaushaltsfinanzierung der Kohlebeihilfen ist von vielen Experten etwas differenzierter - auch weil es ein komplexes Thema ist - debattiert worden, als Sie es bisher in die Öffentlichkeit hineinbringen. Das

ist sehr leichtgewichtig. Das ist Halbweltergewicht, was Sie in Sachen Kohlesubventionierung von sich gegeben haben.

Ich bin dabei, wenn es gilt: Ja, ich glaube nicht, dass die Haushaltsprobleme, die wir in der Republik haben, über Steuererhöhungen gelöst werden können. - Da haben Sie mich auf Ihrer Seite. Ich habe mehrfach auch in meinen Parteigremien und woanders gesagt: Nein, diese Republik verträgt in der Situation, in der sie sich befindet, keine Steuererhöhungsdebatte.

Ich möchte dann von Ihnen wissen, ob Sie glauben, dass weitere Steuersenkungen möglich und notwendig sind. Stehen Sie zu den aberwitzigen Vorstellungen der CDU, dass der Spitzensteuersatz in dieser Situation auf 35 % gesenkt werden kann? Machen Sie sich das zu Eigen?

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Ich möchte gerne wissen, ob die CDU in weiteren Beratungen in Berlin - nach Lage der Dinge aber auch hier - dafür plädiert, dass zum Leidwesen von Kommunen, von Ländern und des Bundes weitere Steuersenkungen über das hinaus vollzogen werden sollen, was bereits Rechtslage ist. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie Sie zur Gewerbesteuerreform stehen - vor dem Hintergrund einer sehr differenzierten Meinungsbildung und der Einlassung der kommunalen Spitzenverbände, speziell der CDU-Oberbürgermeisterin Roth

(Minister Dr. Fritz Behrens: Und Hessen!)

und des Landes Hessen! Oder schlagen Sie sich in die Büsche mit dem BDI/VCI-Vorschlag, der frühestens zum 01.01.2006 oder 01.01.2007 zu realisieren ist? Das heißt: keine Lösung zum 01.01.2005! Das möchte ich gern von Ihnen wissen. Ich möchte wissen, ob Sie Subventionsabbau nur auf direkte Finanzhilfen beziehen oder ob sich die CDU endlich einen Schubs gibt und Subventionsabbau auch auf Steuerprivilegien für die Besserverdienenden bezieht,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

ohne dass Sie diese alten Register immer herausziehen nach dem Motto: "Die Sozialdemokraten führen immer nur eine Neiddebatte", ohne dass Sie den Eindruck vermitteln: Die Sozialdemokraten wollen ja nur die Trockenhaube und die elektrische Zahnbürste noch verstaatlichen oder den Leuten wegnehmen. - Das sind immer diese Horrorgemälde, die Sie malen.

Sind Sie also dafür, dass wir an Steuersubventionen herangehen? Ich sage Ihnen voraus: Sie haben damit Schwierigkeiten. - Warum? Weil Sie im

Bundestagswahlkampf über das Steuervergünstigungsabbaugesetz des Bundesfinanzministers jedweden Abbau von Steuerprivilegien eo ipso als Steuererhöhungen definiert und "verbrannt" haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das war ein entscheidender Fehler. Ich habe diverse Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen von Ihnen aus anderen Ländern geführt, die wissen, dass die Eigenheimzulage derzeit in einer Höhe von 9,5 Milliarden € zu hoch subventioniert ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das wissen Ihre CDU-Leute. Dann greifen Sie hier doch nicht meine Kollegin Walsken an mit dem Vorwurf, da solle nun einem jungen Ehepaar mit zwei Kindern ihr Häuschen von 150 m² nicht mehr mitfinanziert werden. Entschuldigen Sie, das ist ... Ich muss mich disziplinieren im Hinblick auf den Begriff, der mir durch den Kopf geht. Ich sage es einfach so: Es ist unredlich, und es greift zu kurz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte gerne wissen, ob Sie die Subventionierung im Wohnungswesen in Deutschland von insgesamt 20 Milliarden € für angemessen halten. Ich könnte damit fortfahren. Das, was Sie hier geboten haben, war eine Schaufensterrede.

(Beifall bei der SPD)

Und das, was die Opposition geboten hat, hört mein Kollege Koch auch von seiner Opposition in Wiesbaden. Diese Reden werden im Augenblick in allen deutschen Parlamenten so gehalten, weil wir in einer objektiv schwierigen Lage sind, aber die jeweilige Opposition versucht, aus dieser schwierigen Lage einen subjektiven Angriff gegen die jeweils Regierenden zu fahren. Das ist das durchschaubare Konzept. Und das hatte dann noch einen rhetorischen Glanzpunkt. Bei diesem wahnsinnigen Schlussakkord von Ihnen, Herr Diegel, mit dem Bundeskanzler, der wegen mir nicht mehr schlafen kann, habe ich mir gedacht: Gehen Sie ins "Kommödchen", machen Sie dort weiter, aber nicht mehr mit solchen Haushaltsreden! - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Moron das Wort.

(Oh-Rufe von der CDU)

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kompliment, Herr Ministerpräsident: Das war eine Punktlandung! Gut gemacht!

(Beifall bei der SPD - Manfred Palmen [CDU]: Jetzt vergibt er auch noch Zensuren!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Schreihälse von der CDU,

(Zurufe von der CDU)

es ist vielleicht ganz sinnvoll, sich zu erinnern, wie sich das Haushaltsjahr 2003 im Laufe der acht, neun Monate, in denen wir über den Haushalt beraten haben, gestaltet hat. Wir hatten in der Mai-Schätzung des vergangenen Jahres ein Haushaltsdefizit in der Größenordnung von 1,4 Milliarden € aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen zu erwarten. Darauf musste der Haushaltsentwurf, den die Landesregierung im Frühsommer beschlossen hat, Rücksicht nehmen.

Diese Summe, 1,4 Milliarden €, hat der Haushalt 2003, im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Rüttgers hier vorgetragen hat, nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Kürzungen an vielen Haushaltsstellen berücksichtigt. Wir haben den Haushalt 2003 in einer Größenordnung von etwa 1,4 Milliarden € reduziert - durch wenige Mehreinnahmen und zum allergrößten Teil durch Kürzungen an vielen Haushaltsstellen.

Als wir in der Haushaltsplanberatung hier im Parlament waren, kam die November-Schätzung, kurz vor der zweiten und dritten Lesung. Und diese November-Schätzung brachte uns wiederum eine Haushaltsverschlechterung, einen Einnahmeausfall von 1,4 Milliarden €. Darauf konnten wir damals nur noch begrenzt durch weitere Kürzungen reagieren, eigentlich kaum, weil nämlich vorher Folgendes passiert war, meine Damen und Herren: Wir hatten Ihnen Kürzungsvorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben mit Ihnen darum gerungen. Sie haben alle Kürzungsvorschläge abgelehnt, teilweise Mehrausgaben beantragt. Wir hatten eine der üblichen Debatten, die man so im Parlament hat: Opposition fordert mehr, sehr populistisch, jeweils bezogen auf bestimmte Klientelgruppen, und die Regierungsfaktionen haben die Verantwortung für schmerzhaftes Einschnitte zu tragen.

Der Aufgabe haben wir uns gestellt. Sie, die Opposition, haben Ihre Aufgabe damals auch mit Bravour erfüllt, indem Sie nämlich immer weitere Ausgaben gefordert haben.

Die 1,4 Milliarden €, die dann zusätzlich unseren Haushalt belasteten, weil die Steuereinnahmen

wegfielen, haben wir zum großen Teil durch eine erhöhte Kreditaufnahme finanziert. Jetzt kommt bei der Mai-Schätzung dieses Jahres erneut ein Ausfall von 1,4 Milliarden €, und zusätzlich - darüber kann man sich sogar ein bisschen freuen; aber dass wir das Geld aber ausgeben müssen, freut uns natürlich überhaupt nicht - ist das Land Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer noch ein finanzstarkes Land und trägt zum Länderfinanzausgleich bei.

Nordrhein-Westfalen muss nun 540 Millionen € zusätzlich an andere Bundesländer, denen es schlechter geht, überweisen. Jetzt haben wir eine Lücke von ungefähr 1,9 Milliarden €.

Sie sagen jetzt: "Diese Regierung muss versuchen, zumindest einen Teilbetrag von diesen 1,9 Milliarden € durch weitere Kürzungen zu realisieren", obwohl Sie alle unsere Kürzungen, die wir Ihnen im letzten Jahr bei den Haushaltsplanberatungen vorgeschlagen haben, konsequent bekämpft und abgelehnt haben.

(Manfred Palmen [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Jetzt fordern Sie: Schlagen Sie doch bitte wieder Kürzungen vor!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, wenn man eine seriöse Haushaltspolitik machen will - damit meine ich nicht nur, ein Zahlengerüst zusammenzustellen - und berücksichtigt, was ein Haushalt ist - denn das ist Leben in Nordrhein-Westfalen, das sind Betroffene, das sind Initiativen, das sind Menschen, die hinter diesem Geld stehen, das sind Aufgaben, die wir zu erfüllen haben -, in einer so kurzen Zeit zwischen der Einbringung eines Nachtragshaushalts und seiner Verabschiedung - das soll nach Ihrer Forderung schnell geschehen, Ihre Forderung war: "Bringen sie den Nachtragshaushalt schnell ein, verabschieden Sie ihn schnell" - nicht leistbar. Deshalb wird es auch im Rahmen dieser Nachtragshaushaltsberatungen diese Diskussion nicht geben können.

Herr Dr. Rüttgers, ich bin gespannt auf Sie und Ihre Fraktion, wenn es um das nächste Haushaltsjahr und das Jahr 2005 geht. Dann werden wir nämlich wieder vor einer Situation sein, bei der wir ---

(Manfred Palmen [CDU]: Erst einmal 2004!)

- Herr Palmen, halten Sie sich zurück! Sie sollten immer erst nachdenken, bevor Sie losschreien!

(Manfred Palmén [CDU]: Seien sie vorsichtig!)

- Nein, ich bin nicht vorsichtig. Sie sollten ab und zu Ihren Mund halten. Sie sind nämlich mittlerweile der größte Schreihals der CDU-Fraktion. Ob das eine Auszeichnung ist, weiß ich nicht. Aber Sie sind es leider.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird sehr spannend werden unter uns, und zwar zwischen Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen, auch mit der FDP, wie wir die großen Ausfälle, die wir im nächsten und im übernächsten Jahr haben, durch eine Neustrukturierung des Haushalts - das ist ein feines technisches Wort, letztlich heißt das: durch Einschnitte in das Ausgabegefüge - in den Griff zu bekommen versuchen.

Ich prophezeie Ihnen: Es wird nach dem üblichen Schema ablaufen. Wir werden Vorschläge machen, wo man kürzen kann; Sie werden sie bekämpfen und werden stattdessen einige Vorschläge machen, von denen wir dann sagen werden: Weil sie nicht realisierbar sind, helfen sie uns auch nicht weiter.

Ich möchte jetzt auf das Papier kommen, das Sie uns hier vorgelegt haben. Ich bin dankbar dafür, weil man in diesem Papier, das Sie uns als Entschließungsantrag vorgelegt haben, nachvollziehen kann, wohin Ihre Reise gehen soll. Sie schlagen folgende Maßnahmen vor - ich möchte gerne wissen, ob Sie das so meinen, wie Sie das hier vorgeschlagen haben -:

(Theo Kruse [CDU]: Natürlich!)

- Ja, ich frage Sie gleich. Warten Sie mal ab, nie zu schnell reden!

"Ein jährlicher linearer Personalabbau von 1,5 % in den Landesministerien ... außer Schule/Hochschule, Polizei und Justizvollzug."

Das sind etwa 77.000 Personen. Wenn wir davon 1,5 % abziehen, liegen wir bei 1.100 Stellen. Sind das betriebsbedingte Kündigungen?

(Zurufe von der CDU)

Die anderen realisieren wir. Alle kw-Stellen werden bei uns realisiert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir bauen ja die 10.000 kw-Stellen ab. Irgendeiner von Ihnen war da schon ein bisschen vorlaut und hat gesagt: Selbstverständlich wollen wir

das. - Wollen Sie betriebsbedingte Kündigungen haben? Sagen Sie es! Das steht hier nicht drin.

Die zweite Frage, die ich Ihnen stellen muss! Sie fordern "Anpassung der Arbeitszeit für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst an die Beamten-Arbeitszeiten". Machen Sie jetzt Tarifverhandlungen? Oder soll es die Landesregierung machen?

(Helmut Stahl [CDU]: Die Tarifpartner!)

- Tarifpartner? Sollen wir den Tarifvertrag kündigen? Wissen Sie, dass es einen BAT gibt? Ist das nicht eine Sache der Tarifparteien? Damit wollen Sie den Landeshaushalt des nächsten Jahres realisieren? Sie wissen doch ganz genau, dass Sie dazu erst Tarifverhandlungen führen müssen, deren Ergebnis ein Tarifvertrag ist. Das ist eine Luftnummer, Leute! Was Sie hier aufschreiben, ist nun wirklich kalter Kaffee!

(Beifall bei der SPD)

Dann, meine Damen und Herren, sagen Sie, wir sollten Sonderbehörden auflösen: Landessonderbehörden, Landeseinrichtungen usw. Darüber können wir gerne reden. Aber das bringt kurzfristig auch kein Geld, sondern kann nur mittelfristig zu Effekten führen.

Das bringt zwar kurzfristig auch kein Geld und kann lediglich mittelfristig zu Effekten führen, sind aber Dinge, über die wir miteinander reden können. Damit haben wir weniger Probleme als manch andere in diesem Parlament.

Dann kommen Sie mit dem Vorschlag - der ist auch spaßig -, wir mögen doch bitte den Landeszuschuss in Höhe von 8 Millionen € für die Gesellschaft Metrorapid-Projekt streichen. Damit würden wir den Landeshaushalt entlasten. - Ist an Ihnen wirklich vorbeigegangen, dass dieses Vorhaben aus Bundesmitteln refinanziert wird und dass das gar keine Landesmittel sind? Haben Sie das bis heute nicht mitgekriegt?

(Zurufe von der CDU)

Dann sagen Sie uns ganz toll, wir mögen die Mittel in Höhe von 13,5 Millionen € - wahrscheinlich stimmt die Summe sogar, die in Ihrem Papier steht - für das geplante Zuwanderungsgesetz streichen, das gar nicht zustande kam, weil es das Bundesverfassungsgericht für rechtsunwirksam erklärt hat. Klar: Weil das Gesetz nicht zustande gekommen ist, wird das Geld nicht ausgegeben. Ich frage mich, wie Sie das streichen wollen. Das ist also völliger Schwachsinn. Es wird sowieso nicht ausgegeben, weil das Gesetz, auf dessen Basis man es ausgeben könnte, nicht e-

xistiert. Das machen Sie als politischen Kürzungsvorschlag!

(Beifall bei der SPD)

Es steckt nichts hinter dem, was Sie hier machen – in vielen Bereichen; ich will nicht ungerecht sein. Einiges von dem, was Sie hier aufgeschrieben haben, steht auch auf unserer Agenda. Da hat Frau Müller Recht. Teilweise hat man den Eindruck, Sie hätten es teilweise bei den Grünen und teilweise bei uns abgehört oder abgeschrieben. Aber es ist ja in Ordnung, wenn man dazulernt. Wir lernen auch manchmal dazu, wenn etwas Gutes von Ihnen kommt, was zugegebenermaßen relativ selten der Fall ist; dann muss man das aber auch machen. Wir werden uns in einigem wiederfinden.

Ich bin sehr gespannt auf die Diskussion über die Mittelbehörden, die Bezirksregierungen. Das wird eine tolle Diskussion, die Anzahl der Bezirksregierungen von fünf auf drei zu reduzieren. Was machen wir dann mit Köln und Düsseldorf, Herr Rüttgers? Was machen wir mit Arnsberg, Münster und Detmold?

(Manfred Palmén [CDU]: Was machen wir in Münster mit dem Straßenbau?)

Ich bin gespannt darauf, wie Sie sich dann verhalten werden. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie von der CDU-Fraktion einen mutigen Vorschlag zur Verwaltungsmodernisierung gemacht haben. Als es dann zur Sache ging, waren Sie alle vom Acker und haben sich einen weißen Fuß gemacht. Da waren Sie beim zweiten Modernisierungsgesetz komplett dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt machen Sie einen mutigen Vorschlag, aber nachher haben Sie die Hosen voll und kneifen. Dann sagen Sie: Wir machen es nicht! - Ich bin sehr gespannt auf Ihr Verhalten.

Folgendes erwähne ich, weil es gestern eine Rolle gespielt hat, heute aber glücklicherweise von niemandem angesprochen wurde. Sie haben auf "Geld statt Stellen" hingewiesen.

Wir haben diesen Haushaltsansatz eigentlich gekürzt, aber im Vergleich zu den Mitteln, die in den vergangenen Jahren abgeflossen sind, erhöht. Wir haben für "Geld statt Stellen" immer mehr Geld im Haushalt zur Verfügung gestellt, als tatsächlich in Anspruch genommen wurde.

Beispielsweise haben wir 2002 rund 133 Millionen € im Haushalt für "Geld statt Stellen" veranschlagt. Davon sind 111 Millionen € ab-

geflossen. In den Jahren davor sah es ähnlich aus. Da haben wir gesagt: Da nur 111 Millionen € abfließen, genügt es, wenn wir 25 Millionen € drauflegen. Dann haben wir eine Summe von fast 128 Millionen €. - Also haben wir die Mittel im Vergleich zu den Mitteln, die in den Vorjahren gebraucht wurden, erhöht.

Jetzt hat sich herausgestellt, dass die Mittel in diesem Jahr stärker abfließen als in den vorigen Jahren. Das ist eigentlich gut; denn wir wollten das Programm "Geld statt Stellen". Sie von der CDU und insbesondere Herr Reul waren doch dagegen. Sie haben es für ein untaugliches Programm gehalten. Das war aus Ihrer Sicht alles Käse.

Jetzt haben wir die Mittel gekürzt, und nun steht zu wenig Geld zur Verfügung. Nun kommen Sie und sagen, dies sei ein gutes Programm und man müsse mehr Geld bereitstellen. - Mein Gott, Sie wechseln Ihre politische Meinung wie jeden Morgen das Hemd. Das ist wirklich abenteuerlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden jetzt im Rahmen des Nachtragshaushalts für dieses Programm 25 Millionen € drauflegen und damit auch die Anforderungen, die es in der zweiten Jahreshälfte geben wird, abdecken können. Das ist gut und richtig. Ich freue mich, dass nach einem langen Prozess mittlerweile auch die CDU in der Lage ist, das Programm "Geld statt Stellen" als ein sehr sinnvolles Programm zu betrachten,

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

um die Probleme an den Schulen anzugehen, in denen Unterrichtsausfall stattfindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Nachtragshaushalt ist für uns ein schwieriger Haushalt. Wir machen nicht gerne, was wir hier tun müssen. Über die Hintergründe hat der Ministerpräsident hinlänglich berichtet; das brauche ich nicht zu wiederholen.

Aber die Stunde der Wahrheit kommt auch für die Opposition,

(Oh-Rufe von der CDU)

und zwar an dem Tag, an dem wir hier gemeinsam über einen Haushalt für 2004 und 2005 werden reden müssen und an dem Sie werden zeigen müssen, ob Sie bereit sind, bei der Haushaltskonsolidierung mitzumachen, oder ob Sie in der üblichen Rolle der Opposition verharren, mehr zu fordern und Kürzungsvorschläge der Regierung abzulehnen. Das wird eine spannende De-

batte, meine Damen und Herren. Ich freue mich schon darauf.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unzweifelhaft befinden sich alle öffentlichen Haushalte in großen strukturellen Problemen. Darauf ist von Ihnen, Herr Steinbrück, zu Recht hingewiesen worden.

Es ist aber auch wichtig und richtig, an dieser Stelle Verantwortungen differenziert zu betrachten. Es kann bei aller Diskussion über die Erblast früherer schwarz-gelber Regierungen im Bund natürlich nicht verhehlt werden, dass auch hier im Land strukturelle Probleme bestehen, die dazu beigetragen haben, dass sich die Dinge hier noch schlechter als an anderer Stelle in Deutschland entwickelt haben. Das ist der Punkt, den Sie sich vorhalten lassen müssen.

Wir stellen fest, dass die Einnahmesituation bundesweit dramatisch rückläufig ist. Allerdings gehört auch zur Wahrheit, dass man den Bürgerinnen und Bürgern sagt, dass die Steuereinnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet durchaus gestiegen sind. In den letzten zehn Jahren sind sie auf Bundesebene von 400 Milliarden € auf 464 Milliarden € gestiegen. Das ist nicht so viel, wie erwartet worden ist. Das ist das Problem, das wir in Deutschland haben: Wir hatten höhere Erwartungen an die Einnahmen, und diese Erwartungen haben sich hinterher nicht realisieren lassen.

Das ist unser Kernproblem, und das geht mit der Feststellung einher, dass durch diese höhere Erwartung gleichzeitig unser Ausgabeverhalten bestimmt war. Wir haben es eben nicht geschafft, nach guter Hausvater- oder Hausmutterart Ausgaben auch zu beschränken. Das heißt, wir haben es nicht geschafft, die Steigerungen nicht zu hoch werden zu lassen. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen ist unser aktuelles Problem.

An dieser Stelle - jetzt darf ich Sie direkt ansprechen, Frau Müller - müssen wir auch die großen weltökonomischen Fragen von strukturellen Problemen trennen.

Natürlich haben wir eine weltwirtschaftliche Rezession. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir hier Dinge falsch gemacht haben. Wenn ich Sie höre, glaube ich im falschen

Film zu sein. Sie sind hier seit acht Jahren in der Regierung

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

und erzählen uns etwas über Nachhaltigkeit, die nicht gegriffen hat - da muss ich Ihnen absolut zustimmen -, tun aber so, als ob Sie nicht dabei gewesen wären.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn ich schon einmal eine Wertung abgeben darf, dann gefällt mir eine Einlassung von Herrn Steinbrück besser, als er sagte: Wir haben etwas falsch gemacht, wir müssen uns ändern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was haben Sie denn falsch gemacht?)

Nur Sie tun so, als ob Sie nicht dabei gewesen wären. Ich kann aus den letzten drei Jahren aus dem Parlament live berichten, dass Sie hier immer staatstragende Reden zur Nachhaltigkeit halten, aber jeglichen finanzwirtschaftlichen Verstoß locker mittragen. Das ist meines Erachtens die unehrlichste Methode. - Das nur zum Thema Nachhaltigkeit, bei dem Sie über die Jahre hinweg versagt haben.

Natürlich muss man Herrn Dieckmann einräumen, dass er Schwierigkeiten hat, mit diesem rasanten Einnahmeverfall fertig zu werden. Sein Ausweg - sicherlich immer der bequemste Ausweg -

(Helmut Diegel [CDU]: Sehr bequem!)

ist der in die Neuverschuldung. Nun kann man - das ist ja das Schöne in dieser Republik - auf andere Länder verweisen, die möglicherweise andersfarbig regiert sind

(Zuruf von Minister Jochen Dieckmann)

- ich kenne sie alle - und das Instrument der Neuverschuldung auch nutzen.

Wenn andere das auch so machen, sollte man sich aber einmal überlegen, ob man selber nicht etwas anderes macht. An der Stelle bitte ich dann die Kritik der FDP-Fraktion ernst zu nehmen. Wir hätten uns von Ihnen gewünscht, dass Sie etwas stärker - ich kann nicht sagen, Sie hätten alle Defizite ausbügeln können - Kreativität gezeigt hätten, ob nicht an der ein oder anderen Stelle eine bessere und stärkere Kürzung möglich gewesen wäre.

Immerhin haben Sie über eine globale Minder Ausgabe versucht, etwas zu lösen. Meines und unseres Erachtens ist das zu wenig. Sie kommen dann mit der Argumentation, dass wir dann bei

weiteren Kürzungen - man kann natürlich darüber streiten, ob eine Haushaltssperre oder eine weitere globale Minderausgabe besser ist; die Frage ist sicherlich sehr technisch - als Nachfrager und auch als Arbeitgeber ausfallen. Dazu muss ich schon die Frage stellen, weil Sie sich ja auch schon mal auf andere beziehen: Warum machen denn andere Bundesländer eine Haushaltssperre, die ja wohl unter den gleichen ökonomischen Bedingungen arbeiten? Es fällt ja schon auf, dass dort das Instrument der Haushaltssperre wahrgenommen wird. Für jeden Privaten wäre jedenfalls das Erste, was zu tun wäre, wenn über ihm finanziell alles zusammenbricht, das Einstellen von Zahlungen, die nicht unbedingt notwendig sind. Daher muss ich Ihnen schon vorwerfen, dass Sie dieses Instrument der stärkeren Fokussierung auf die Ausgabenseite nicht gewählt haben.

Dabei wünscht sich die FDP als Partei für die Wirtschaftsförderung und für die Förderung von Arbeitsplätzen natürlich nicht, dass Sie investive Ansätze kürzen. Aus Ihren Äußerungen ist mir jedenfalls nicht klar geworden, dass Sie sich einmal die Mühe gemacht hätten, das auseinander zu rechnen und mir zu sagen, wo denn der durchaus verzichtbare konsumtive Teil und wo der investive Teil ist, bei dem eine Kürzung schädlich wäre. Das hätte ich mir von Ihnen in der Tat gewünscht.

Es ist schlichtweg zu leicht, nur von einer großen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu sprechen und das Problem über Neuverschuldung zu lösen, zumal man über die Frage, ob eine solche Störung vorliegt, natürlich trefflich streiten kann. Letztlich ist es eine politisch zu entscheidende Frage, ob es tatsächlich konjunkturbedingte Einnahmeausfälle sind oder ob der Einnahmeausfall nicht sehr viel stärker strukturbedingt ist, was natürlich wiederum auf die Konjunktur durchschlägt. Da gibt es sicherlich noch Feinheiten.

Es auch zu beklagen, dass zu keiner Zeit - dem wird Herr Steinbrück sicherlich zustimmen - eine Stabilitätsrücklage oder Ähnliches geschaffen worden ist. Die ist ein Problem, das wir in allen Haushalten antreffen, insbesondere auch in Kommunalhaushalten, in denen inzwischen alle Pflichtrücklagen aufgelöst wurden. Darin, nämlich in der zu starken Belastung der öffentlichen Haushalte mit Ausgaben über Jahre hinweg, liegt des Pudels Kern.

Meine Frage, die nicht beantwortet worden ist, jedenfalls nicht im Vorhinein, lautet an dieser Stelle: Wie wäre es aus Ihrer Sicht möglich, über Ausgabenkürzungen jedenfalls einen Teil aufzufangen, damit die Belastungen nicht schlichtweg in die

Zukunft transferiert werden? Das ist etwas, was alle beklagen und wir auch seit Jahren sagen. Erkennbar wird dies an der immer gleichen Argumentation in den Haushaltsreden und in allen Beiträgen. Nur: Wir kommen nicht über den Berg.

Wenn ich in irgendeiner Weise erkennen könnte, dass wir mit der Neuverschuldung über den Berg wären, indem wir einmal einen Schluck aus der Pulle nähmen und hoffen könnten: Jetzt geht es aufwärts, jetzt geht es los in Deutschland! Nur: Das kontrastiert mit dem fehlenden Programm der Steuersenkung. Das möchte ich noch einmal klarlegen:

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, Herr Steinbrück, dass es zu leicht sei, nur Steuersenkungen zu fordern. Aber Ihrem Argument, Steuersenkungen seien überhaupt kein taugliches Mittel, um die Wirtschaftslage zu verbessern, muss ich heftig widersprechen, weil es sich hier um ein Gesamtkonstrukt handelt: Ich muss an unnötige Ausgaben herangehen und Entlastungen für die Bürger schaffen, um deren Eigenvorsorge und deren Konsummöglichkeiten zu verbessern. Dann kann ich überlegen, ob in einer solchen Einnahmedelle auch eine vorübergehende Neuverschuldung möglich und vernünftig ist. Diese Frage muss man dann aber auch diskutieren.

Doch was haben wir in den letzten Jahren erlebt? Wir haben erlebt, dass zur Abdeckung von Defiziten in sozialen Sicherungssystemen irgendwelche Tricks angewandt und Steuern erhöht wurden. Es sind immer wieder dieselben Dinge, die zum Teil zuerst die Grünen zu verantworten haben, beispielsweise die Ökosteuer, die selbstverständlich einen Großteil der Vorteile der Steuerreform, die Sie zu verantworten haben, aufgefressen hat.

Den Bürger interessiert letztendlich nicht, warum ihm fünf Euro im Portemonnaie fehlen, ob ihm die von der Steuerverwaltung oder von der Verwaltung der Sozialversicherung abgenommen werden. Unser Kernproblem ist: Wir schaffen es nicht, Steuersenkungen mit nachhaltiger, dauerhafter Entlastung der Bürger insgesamt in Übereinstimmung zu bringen. Das, meine Damen und Herren, ist die Aufgabe, die eine Regierung hat.

Es ist ein gewisser Spagat, der gleichzeitig mit Kürzungen von Subventionen und Ausgaben an anderer Stelle einhergehen muss. Nur: Wenn sich jeder das herauspicks, was er gerne hätten, dann wird das gar nichts. Das isolierte Beschimpfen der Eigenheimzulage etwa - da waren ja so genannte Spezialisten am Werk - ist natürlich auch nicht sachgerecht, Frau Müller.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

- Lassen Sie mich doch einmal reden, ich habe Sie auch reden lassen.

Denn die Eigenheimzulage ist natürlich in weiten Bereichen auch eine Investitionsförderung.

(Edith Müller [GRÜNE]: Eben nicht!)

- Sie ist es in weiten Bereichen. Ich behaupte ja nicht, dass man nicht darüber nachdenken kann, ob man sie an der einen oder anderen Stelle

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

gegebenenfalls anders handhaben sollte.

(Edith Müller [GRÜNE]: Bravo!)

- Frau Müller, ich möchte nur nicht diese Neiddiskussionen haben. Denn die bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU - Edith Müller [GRÜNE]: Das ist keine Neiddiskussion!)

Vor kurzem gab es einen sehr schönen Artikel in einer Fachzeitschrift zur Sinnhaftigkeit der Eigenheimzulagen. Den muss sehr gut lesen und sich anschauen, dass es differenzierte Lösungsmöglichkeiten gibt.

(Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

Aber es kann nicht angehen, dass man sich immer den herauspickt, den man vielleicht gerade am unsympathischsten findet. Sie wissen ja, dass Sie im ländlichen Raum nicht ganz so stark vertreten sind. Dort werden mehr Eigenheime gebaut. Und so hat man schnell den Feind aufgebaut.

(Beifall bei der FDP)

So geht es nicht. Hierbei werden Sie natürlich den Widerstand der FDP zu spüren bekommen.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Steuervergünstigungsabbaugesetz. Letztlich handelt es sich hierbei um eine Diskussion, die man so oder so führen kann, nach dem Motto: "Eigentlich dürfte der die Steuervergünstigung gar nicht bekommen." Andererseits muss man aber feststellen, dass im jetzigen Zeitpunkt die Lage X besteht, und alle Vergünstigungen, die man verkürzt, automatisch eine Zusatzbelastung sind. Hieran krankt aber der Bürger.

Wir haben ja auch Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal, die wissen, wie mit sämtlichen Verschlechterungsmaßen die Nettoeinkommen reduziert worden sind. Nur das interessiert am Ende. Das heißt, wir müssen ein System entwickeln, damit

der Bürger am Ende netto mehr hat, um zu investieren, zu konsumieren und um auch Eigenvorsorge für die soziale Sicherung zu betreiben. Das ist der Punkt.

Deswegen ist der Weg, dorthin über Steuererhöhungen zu gelangen, falsch. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Sie wissen: Beim Thema "Subventionsabbau" sind wir auf der Linie, uns einer prozentualen Lösung anzuschließen, weil wir sonst nicht vorankommen. Zugegebenermaßen gefallen mir das Streichen und die Neueinführung unter Beweislastumkehr - übrigens Vorschläge von uns - sehr viel besser.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Ich habe eben viel über Urheberrechte gehört, wessen Vorschläge wann zum ersten Mal vorgebracht worden sind. Ich möchte feststellen: Alle Vorschläge sind schon irgendwann einmal von irgendjemandem vorgetragen worden. Insofern muss man damit leben, dass auch Dinge abgeschrieben werden. Das ist auch nicht falsch, wenn am Ende wenigstens etwas Vernünftiges herauskommt.

Lassen Sie mich auch etwas zum Thema "Bergbausubventionen" sagen: Niemand in diesem Raum verkennt die Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Subventionsabbau beim Bergbau erbracht worden sind.

Aber, das muss man eben mit Blick auf die Vergangenheit auch anmerken dürfen: Weil eben über Jahre und Jahrzehnte die Finanzlage - ich sage einmal: in Unkenntnis - falsch eingeschätzt worden ist, muss man objektiv festhalten, dass wir uns auch die jetzt vereinbarten 511 Millionen € pro Jahr schon vor zehn Jahren nicht mehr hätten leisten dürfen. Es war auch zum damaligen Zeitpunkt objektiv betrachtet zu viel, wie auch viele andere Dinge, die wir uns geleistet haben.

Insofern müssen wir jetzt in der Not fragen: Wie können wir schneller herangehen? Es ist ein Unterschied, ob eine finanzielle Unterstützung in einen Bereich geht, der erkennbar über Jahre und Jahrzehnte niemals wirtschaftlich geworden ist und auch niemals wirtschaftlich werden wird, oder ob man etwas finanziert, das zukunftsgerichtet Investitionen erleichtert, verbessert und auch Rentabilitäten ermöglicht.

Ich sehe eine Investition in ein neues Verkehrssystem wie in den Metrorapid - zum Leidwesen der Grünen - durchaus anders. Zumindest besteht dabei die Chance, mit einer neuen Technik etwas Positives für unser Land herauszuholen. Bei allen Schwierigkeiten, die wir alle sehen: Die Voraus-

setzungen für eine Unterstützung sind eindeutig gewesen, wie etwa belastbare Finanzierungskonzepte und selbstverständlich auch die Beteiligung der Industrie.

Wir haben damit die Möglichkeit, in diesem Land endlich einmal etwas Neues herzustellen, etwas, das nicht schon in Japan geleistet wird. Deswegen müssen wir dies fördern, aber nicht die Dinge, die sich erkennbar niemals rechnen, wie z. B. die Windkraft in windarmen Zonen. Auch bei diesem Thema werden wir uns nicht zurückhalten, sondern nachhaltig einfordern, dass mit diesem Subventionsunsinn endlich Schluss gemacht wird.

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Das können wir uns in der Tat nicht mehr leisten. Weil heute vielfach Vergleiche gezogen worden sind, was den Landeshaushalt mit wie vielen Millionen oder Prozent belastet: Die Aussicht ist aberwitzig, im Jahre 2009 dort 5 Milliarden hineinzupusten. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Wir sind jetzt schon längst über den Punkt hinaus.

Jeder aus dem ländlichen Raum kann bestätigen, dass es keinen Sinn macht, gerade dort noch zu helfen, wo es am wenigsten windet.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Ich sage das so deutlich, weil es jedem klar sein soll. Denn wer durch die Eifel oder durch andere Gebiete fährt, sieht die Verspargelung der Landschaft. In einer Kreistagsresolution habe ich schon vor drei Jahren darauf hingewiesen, dass es für die Bevölkerung unzumutbar und tourismusschädlich ist. An solchen Dingen müssen wir Korrekturen vornehmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Gaga, gaga, gaga!)

- Herr Remmel, wenn Sie nicht mehr in der Verantwortung sind, wird alles besser.

(Beifall bei der FDP)

Diese Änderungen werden wir auch durchsetzen. An dieser Stelle müssen wir uns bewegen.

Wir müssen uns aber auch - das möchte ich sehr deutlich machen - einer grundsätzlichen Erneuerung in diesem Staate zuwenden. Das bedeutet, dass wir Kompetenzen und Finanzen entflechten und die Bürokratie entfesseln. Das sind Eckpunkte liberaler Politik. Denn sie zeigen, dass wir uns in diesem Land verkrustet und verkarstet haben.

Wir müssen hier ran. Immer wieder höre ich alle sagen: Wir machen mit. Aber ich gebe zu: Wir scheitern schon, wenn es an die Kleinigkeiten geht. In diesem Punkt müssen wir uns verbessern.

Das heißt, wir müssen auf dem Weg der kleinen Schritte den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir reformfähig sind. Ich bin nicht dagegen, Ebenen abzuschaffen, aber sehr vorsichtig mit der Realisierungschance. Ich möchte nachweisbare Erfolge der Politik. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Das muss Politik auf kleinen Feldern beweisen, die nach außen hin deutlich gemacht werden können.

Insofern werden wir an dieser Stelle unsere Liberalvorstellungen immer wieder einbringen. Das ist manchmal schmerzhaft, weil es eben mit Veränderungen zu tun hat. Wir sind bereit, für dieses Land Veränderungen herbeizuführen. Ich würde mich freuen, wenn sich dafür eine breite Mehrheit ergäbe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann¹ (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich bereits gemeldet, als der Kollege Rüttgers gesprochen hat - das ist schon ein Weilchen her -, weil er mit relativ tosender Stimme bestimmte Problemlagen angesprochen und so getan hat, als wenn es nicht darum ginge, im Lichte dieser schwierigen Situation keine Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern die eigenen Glaubwürdigkeitslücken anzusprechen, die wir bei diesem Thema doch alle haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe die Kollegin Müller so verstanden, dass sie gesagt hat, dieser Nachtragshaushalt sei eine bittere Notoperation, und dass sie diese, wenn sie den Begriff "Nachhaltigkeit" in den Mund nehme, eigentlich fast nicht aushalten könne. Ich zumindest habe sie so verstanden, dass sie aus ihrer und aus unserer Sicht auf diese Glaubwürdigkeitslücke hingewiesen hat.

Wenn die FDP heute meint, bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme Reformmotor zu sein, dann muss man sich doch daran erinnern, dass die FDP auf Bundesebene jahrzehntelang die Politik mitgestaltet hat, die genau zu diesen Strukturen, die wir heute reformieren müssen, ge-

führt haben. Ich würde mir wünschen, wenn Sie diese Erkenntnis einmal zum Besten geben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch zwei Anmerkungen dazu machen, mit was wir uns auseinandersetzen müssen. Wenn wir nicht diesen Nachtragshaushalt machten, würden wir einen Haushalt haben, der nicht den Bestimmungen unserer Verfassung entspricht. Es geht also nicht um eine politische Übereinkunft, ob es tatsächlich so ist oder nicht, wenn wir eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen.

Zur Frage der Subventionen möchte ich in aller Deutlichkeit in diesem Hause Folgendes sagen: Seit zwei Jahren gibt es aus dem Landeshaushalt keinen Cent für die Unterstützung und Subventionierung der Windenergie. Von Milliardenbeträgen bis 2009 kann wirklich nicht die Rede sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Das müssen sie einmal lernen!)

Worauf kommt es bei den anstehenden schwierigen Beratungen zum Nachtragshaushalt und erst recht zum Doppelhaushalt an? - Wir müssen es aus meiner Sicht hinbekommen, bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes mit einer Entschließung eine Strukturveränderung zu dokumentieren, weil klar ist - eigentlich ist es ja schon zu spät -, dass wir anfangen müssen, damit die Regierung bereits für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2004/2005 weiß, welche Gesetze sie uns mit vorlegen muss, wenn es z. B. um Verlängerung von Arbeitszeiten geht, um uns nicht erst in der Diskussion über den Haushaltsplan über die verschiedenen Maßnahmen verständigen zu müssen. Das muss jetzt jedem klar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Ihrem Papier, Herr Rüttgers, haben wir und auch Herr Moron bereits gesagt, dass es bei einzelnen Punkten große Übereinstimmung gibt. Dies werden wir abgleichen. Einiges haben wir und die SPD-Fraktion schon formuliert, und auch die FDP hat gesagt, dass sie bereit ist, mitzumachen. Wir wissen aber - das macht dann ein wenig skeptisch -, dass Sie in den vergangenen Jahren, auch wenn es nur um Kleinigkeiten ging, oft auf der Seite derer waren, die von solchen Maßnahmen betroffen sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Diskussionen zur Abschaffung der Polizeireiterstaffel, weil dieses Beispiel - bei aller Freude am Pferdesport und dem guten Erscheinungsbild unserer Polizei im Lande - zeigt,

warum es uns schwer fällt, daran zu glauben, dass Sie es mit Ihren grundsätzlichen Strukturveränderungen, die Sie vorschlagen, wirklich ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Reform der Mittelebene kommt es auf Folgendes an: Wir haben heute Erkenntnisse über Aufgabenkritik, die manchmal noch geschärft werden müssen, um eine Verwaltung zu schaffen, die für die Bürgerinnen und Bürger transparent ist, damit sie wissen, wer für was verantwortlich ist, die Schnittstellen optimiert, die ein Maßstab dafür ist, was wir auf die örtliche Ebene verlagern können, weil es näher an den Menschen von Nordrhein-Westfalen, näher an den Institutionen von Nordrhein-Westfalen, näher an der Wirtschaft von Nordrhein-Westfalen und näher an den Schulen von Nordrhein-Westfalen ist.

Des Weiteren müssen wir überlegen, wo wir bestimmte staatliche Aufgaben am besten ansiedeln. Zum Nutzen der Menschen muss es einen Bürokratieabbau geben, und gleichzeitig müssen Einsparpotenziale erzielt werden. Ich finde, es ist es wert, dieses zu prüfen und gemeinsam durchzustehen und sich nicht beim ersten Widerstand aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Dr. Fritz Behrens: Da bin ich gespannt!)

- Herr Behrens ist auch gespannt darauf. Ihn brauchen wir natürlich auch an unserer Seite.

Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass wir nicht nur sparen wollen, sondern dass es um Konsolidierung geht. Das ist eine andere Herangehensweise, weil Konsolidierung deutlich machen muss, wo es im Ergebnis hinführt und ob es ein richtiger Ansatz ist. Die Menschen können dann sehen, dass es zwar jetzt für sie schlecht ist und dass sie bestimmte Dinge in ihrer Verantwortung als Beamte, als Abgeordnete, als Verein aushalten und mittragen müssen, aber sie können erkennen, dass es eine Perspektive hat. Wenn wir auf dem Schritt zur Nachhaltigkeit den Menschen das aufzeigen können, dann haben wir heute in der Verantwortung für morgen richtig gehandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss deutlich werden, dass nach einem solchen Prozess - der ist wirklich nicht so kurzatmig, dass es für Sie 2003 schon bei der Reform der Mittelebene zu Einsparungen führt; aus solch einem Prozess kann nichts werden - hinterher als Ergebnis herauskommt: Unser Gemeinwesen funktioniert besser!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für diesen Weg werben wir gemeinsam in der Koalition. Wir sind froh, wenn uns die Opposition an der einen oder anderen Stelle unterstützt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Wir haben keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir damit die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt schließen können.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich weise darauf hin, dass der Ihnen vorliegende Entschließungsantrag der CDU erst nach der dritten Lesung abgestimmt wird.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/4000** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 2 kommen, möchte ich auf den **Tagesordnungspunkt 9 von gestern**, den Antrag der Fraktion der CDU "Nordrhein-Westfalen braucht eine Integrationsoffensive in Grund- und Hauptschulen" hinweisen. Der Landtag hatte in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 5. Juni 2003, diesen Antrag an den Ausschuss für Migrationsangelegenheiten sowie an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen. Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten wurde als federführend festgelegt. Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass die federführende Beratung und Abstimmung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung erfolgen soll. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dieser **Änderung** einverstanden sind. - Da ich keinen Widerspruch sehe, ist das so **beschlossen**.

Wir kommen zu:

2 Keine Zwangsmaßnahmen auf dem Ausbildungsmarkt

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3945

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der FDP Herrn Kollegen Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern die aktuellen Daten für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen und ebenso die aktuellen Zahlen für die Situation auf dem Lehrstellenmarkt vorgelegt bekommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Die Daten, die wir dort haben zur Kenntnis nehmen müssen, sind gleichermaßen alarmierend. Die bedrückende Arbeitslosigkeit betrifft immer stärker auch junge Menschen unter 25 Jahren und es steht mit Blick auf die Zahlen der Schulabgänger,

(Unruhe - Glocke)

mit Blick auf die Zahlen der jungen Menschen, die bereits jetzt einen Ausbildungsplatz suchen, zu befürchten, dass die Jugendarbeitslosigkeit nach Ende des Schuljahres einen neuen traurigen Höhepunkt erreichen wird.

Die rechnerische Lücke bei den Ausbildungsplätzen in Nordrhein-Westfalen liegt derzeit bereits bei über 20.000. Tatsächlich haben - Stand Ende letzten Monats - derzeit noch über 50.000 junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, keinen Ausbildungsplatz bekommen.

Ausbildungsplätze werden wie Arbeitsplätze insgesamt in der Wirtschaft geschaffen. Dennoch kommt in dieser Situation der Politik, auch und gerade der Landespolitik, der Landesregierung wie dem Landtag Nordrhein-Westfalen, besondere Verantwortung zu. Die Politik, meine Damen und Herren, muss die Investitions- und Wachstumsbedingungen, die Rahmenbedingungen schaffen, die es den Betrieben ermöglichen, neue Ausbildungsplätze anzubieten.

Ich beziehe mich dabei ausdrücklich auf das, was der Ministerpräsident gestern in der Aktuellen Stunde gesagt hat: Wir brauchen Signale des Aufbruchs, Signale, die Ermutigung in die Betriebe hineinragen, die dazu angetan sind, den Attentismus im Mittelstand zu überwinden. Wir müssen uns vor Signalen hüten, die das Gegenteil erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Dafür haben auch wir Freien Demokraten dem Ministerpräsidenten gestern großen Beifall gezollt, aber heute stehen wir gleich vor der ersten Probe aufs Exempel, ob den Ankündigungen des Ministerpräsidenten von gestern auch Taten folgen.